

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung**

zur Kenntnis im:

**Betreff: Gedenken an die Mitglieder des Gemeinderats, die 1933 ihr Amt verloren;
Forschungsbericht der Geschichtswerkstatt Tübingen e. V.**

Bezug: Vorlagen 520/2008, 520a/2008, 520b/2008, 520c/2008

Anlagen: 1 Bezeichnung: Forschungsbericht der Geschichtswerkstatt Tübingen e. V.

Zusammenfassung:

Bei seiner Sitzung am 30. Juni 2011 hat der Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung beschlossen, die Geschichtswerkstatt Tübingen e. V. mit einem Forschungsbericht über die 1933 aus dem Amt geschiedenen oder vertriebenen Mitglieder des Gemeinderats zu beauftragen. Dieser Bericht liegt nun vor und wird hier dem Ausschuss vorgestellt.

Ziel:

Ziel ist die Information des Gemeinderates für die weitere Entscheidungsfindung.

Insbesondere wird dem Ausschuss mit diesem Forschungsbericht eine Grundlage für die Entscheidung über die Anbringung einer Gedenktafel gegeben. Diese Frage lässt sich nur politisch bewerten und entscheiden.

Die Verwaltung schlägt aber vor, den Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Geschichtswerkstatt dort zu folgen, wo sie konkrete Vorschläge für angemessenes Gedenken an die betroffenen Stadträte und historischen Vorgänge (Dokumentation, Darstellung im Geschichtspfad zum Nationalsozialismus, Gedenkveranstaltung) unterbreitet.

Bericht:

1. Anlass / Problemstellung

Mehrfach wurde in den vergangenen Jahren im Ausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung der Vorschlag diskutiert, im Rathaus eine Gedenktafel zur Erinnerung an jene Gemeinderäte anzubringen, die infolge der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 ihr Mandat verloren. Eine solche Tafel soll am Ort des Geschehens daran erinnern, dass die Nationalsozialisten 1933 rücksichtslos die kommunale Demokratie auch in Tübingen beendeten und die gewählten Gemeinderäte aus ihren Ämtern vertrieben. Die Tafel soll ein ehrendes Andenken an diese Stadträte bewahren und künftige Generationen vor dem Verlust der Demokratie warnen.

Bei der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Integration und Gleichstellung am 30. Juni 2011 wurde allerdings beschlossen, vor der Entscheidung über eine Gedenktafel und die namentliche Nennung von einzelnen Stadträten zunächst eine eingehende Untersuchung in Auftrag zu geben und die historischen Vorgänge, die Biographien der Stadträte sowie ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus zu erheben. Zu groß war die Gefahr, dass es ohne eine differenzierte Untersuchung zu Entdeckungen in ihren Lebensläufen kommen könnte, die eine Verstrickung mit dem Nationalsozialismus aufdecken.

Die Verwaltung beauftragte schließlich die Tübinger Geschichtswerkstatt e. V. mit dieser Untersuchung. Der Forschungsbericht liegt nun vor.

2. Sachstand

Die Geschichtswerkstatt Tübingen hat systematisch die relevanten Quellenbestände in zahlreichen Archiven gesichtet und untersucht, um zu fundierten Aussagen über die Biographien und das Verhalten der Mitglieder des Gemeinderats sowie zu einem sicheren Urteil über ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus zu kommen. Untersucht wurden folgende Fragen und Aspekte: Kurzbiographie, Mitgliedschaft in der NSDAP, Nutznießerschaft im NS-Herrschaftssystem, Unterstützung des Nationalsozialismus, Beteiligung an NS-Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs. Der Bericht stellt zunächst eingehend die Gleichschaltung des Tübinger Gemeinderats 1933/34, ihre Vorgeschichte, Verlauf und Folgen dar, um vor diesem Hintergrund dann die Einzelbiographien der Ratsmitglieder sowie ihre Rolle in diesem Prozess und in den Jahren danach in den Blick zu nehmen. Besonderes Augenmerk gilt der vielschichtigen politischen Verfolgung der ausgeschiedenen Stadträtinnen und Stadträte (vgl. im Einzelnen dazu die Anlage).

In ihrer zusammenfassenden Bewertung der Ereignisse und des Verhaltens der untersuchten Stadträte kommen die Autoren zu folgender Kernaussage: „Von den 23 zwangsweise ausgeschiedenen Stadträten traten zwei in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ein. Ein 1932 freiwillig zurückgetretener Stadtrat trat 1937 der Partei bei. Unter allen zurückgetretenen Stadträten (ohne NSDAP) ist kein Kriegsverbrecher oder Täter im Rahmen der Shoah oder der ‚Euthanasie‘-Verbrechen. Es befindet sich auch kein Profiteur darunter, der ein Grundstück oder ein Geschäft eines jüdischen Bürgers ‚arisierte‘. Allerdings bedeutet dieses Ergebnis nicht, dass die 23 zwangsweise ausgeschiedenen Kommunalpolitiker alle Opfer sind. Einzelne Stadträte waren nach ihrem Zwangsausschluss wesentlich härter von der Verfolgung betroffen als andere, die nach 1933 weitgehend unbehelligt in Tübingen leben konnten und nicht, wie die erstgenannten, um ihr Leben und ihre Existenz bangen mussten.“

Der Bericht beleuchtet und bewertet dabei in differenzierender Perspektive vor allem den Demokraten Simon Hayum, den Kommunisten Hugo Benzinger, die Sozialdemokraten Arno Vödisch und Otto Koch

sowie die drei Zentrumsvertreter Paul Schwarz, Josef Schleicher und Josef Held, an deren Werdegang und Verhalten sich spezifische Überwachungs- und Verfolgungssituationen ablesen lassen, ebenso den Parteibeitritt der Stadträte Otto Koch (SPD) und Johannes Kürner (SPD) sowie Otto Mühlich (CSVD). Insbesondere wird auch die Rolle des Oberbürgermeisters Adolf Scheef sehr kritisch bewertet.

Vor dem Hintergrund ihrer Forschungsergebnisse empfiehlt die Geschichtswerkstatt folgende Handlungsvorschläge:

- Die Dokumentation der historischen Vorgänge und der Biografien der ausgeschiedenen Stadträte (und evtl. auch der NSDP-Stadträte) in einer Broschüre und auf der städtischen Homepage.
- Die Darstellung der Forschungsergebnisse auf der geplanten Stele des Geschichtspfades zum Nationalsozialismus am Rathaus.
- Eine angemessene Form des namentlichen Gedenkens an einzelne Stadträte – und zwar eher als Opfergruppe denn als ausführliche Einzelbiographien – am authentischen Ort im Rathaus.
- Eine Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme und der Gleichschaltung des Gemeinderats im Jahr 2013.
- Die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft des früheren Oberbürgermeisters Adolf Scheef.

3. Vorgehen der Verwaltung

Die Frage, ob und in welcher Form mittels einer Gedenktafel an die betroffenen Gemeinderäte erinnert wird, lässt sich nach Meinung der Verwaltung nur durch den Rat politisch bewerten und entscheiden.

Die Verwaltung ist auch der Auffassung, dass die Frage der Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Adolf Scheefs in anderem Zusammenhang zu diskutieren ist.

Die Verwaltung schlägt aber vor, den Empfehlungen der Geschichtswerkstatt dort zu folgen, wo sie konkrete Vorschläge für angemessenes Gedenken an die betroffenen Stadträte und historischen Vorgänge (Dokumentation, Darstellung im Geschichtspfad zum Nationalsozialismus, Gedenkveranstaltung) unterbreitet.

4. Lösungsvarianten

Die Beschäftigung mit dem Thema ist mit dem Forschungsbericht beendet. Auf die Anbringung einer Gedenktafel wird verzichtet.

5. Finanzielle Auswirkungen

Die Herausgabe einer Broschüre innerhalb einer der städtischen Reihen wird auf etwa 4.000 Euro beziffert. Eine Gedenkveranstaltung im Jahr 2013 wird je nach Vorhaben (Vortrag etc.) etwa 500 Euro kosten. Beides kann aus dem Budget des Fachbereichs Kultur finanziert werden.

6. Anlage

Forschungsbericht der Geschichtswerkstatt Tübingen e. V. „Zwangweise ausgeschiedene Tübinger Stadträte 1933/1934 und deren Verhältnis bzw. Verbindung zum Nationalsozialismus“

Geschichtswerkstatt Tübingen e.V.
Dr. Martin Ulmer
Lammstraße 10
72072 Tübingen
www.geschichtswerkstatt-tuebingen.de

Forschungsbericht

**Zwangswise ausgeschiedene Tübinger Stadträte 1933/1934
und deren Verhältnis bzw. Verbindung zum Nationalsozialismus**

März 2012

Gliederung

1. Auftrag	S.3
2. Zusammenfassung der Ergebnisse und Handlungsvorschläge	S.3
3. Fragestellungen und methodisches Vorgehen	S.6
4. Die Gleichschaltung des Tübinger Gemeinderats 1933/1934: Vorgeschichte, Verlauf und Folgen	S.9
5. Politische Verfolgung der ausgeschiedenen Stadträte	S.26
6. Biografien der Stadträte (ohne NSDAP-Kommunalpolitiker)	S.28
7. Tabellen zur NSDAP-Mitgliedschaft und zum Ausmaß der Verfolgung ausgeschiedener Stadträte	S.47
8. Abkürzungsverzeichnis	S.50
9. Quellen- und Literaturverzeichnis	S.51

1. Auftrag

Der Gemeinderatsausschuss für Kultur, Integration und Gleichstellung hat am 30. Juni 2011 die Geschichtswerkstatt Tübingen e.V. mit dem Forschungsprojekt „Ausgeschiedene Tübinger Stadträte 1933/1934 und deren Verhältnis bzw. Verbindung zum Nationalsozialismus“ beauftragt. Ausgangspunkt war der Antrag der SPD-Fraktion, eine Gedenktafel am oder im Rathaus für ausgegrenzte Stadträte anzubringen. Um die Frage nach den tatsächlichen Opfern unter diesen Stadträten zu klären, hielten die Stadtverwaltung und der Gemeinderat eine historische Grundlagenforschung für erforderlich.

Am 8. August 2011 wurde ein Werkvertrag zwischen dem Fachbereich Kultur und der Geschichtswerkstatt abgeschlossen (Laufzeit bis Ende Februar 2012, Vergütung 12.000 Euro inklusive aller Sach- und Reisekosten). Den Forschungsauftrag hat das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Geschichtswerkstatt Martin Ulmer übernommen, der promovierter Kulturwissenschaftler und Historiker ist. Einzelne Mitglieder der Geschichtswerkstatt und eine Berliner Historikerin haben ihn bei Einzelrecherchen bzw. der Zusammenstellung des Forschungsberichts unterstützt.

2. Zusammenfassung der Ergebnisse und Handlungsvorschläge

Im Zuge des Prozesses der Machtübernahme durch Adolf Hitler und die Nationalsozialisten ab 30. Januar 1933 wurden reichsweit auch die Stadt- und Gemeindeparlamente gleichgeschaltet, d.h. sie wurden Ende März aufgelöst und auf der Grundlage des Reichstagswahlergebnisses vom 5. März 1933 neu gebildet. Durch die Auflösung mussten alle Stadträte des freigewählten Tübinger Gemeinderats mit 28 Sitzen zum 31. März 1933 ausscheiden. Im April 1933 wurde der auf 22 Sitze verkleinerte Gemeinderat nach dem Gleichschaltungsgesetz neu gebildet. Im Stadtparlament hatte nun die NSDAP mit 13 Mandaten die absolute Mehrheit, die verbündeten Deutschnationalen kamen auf drei Sitze, die SPD erreichte ebenfalls drei, die Zentrumspartei zwei und der Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD) bekam ein Mandat. Die anderen Parteien, wie die Kommunistische Partei Deutschland (KPD), waren entweder verboten oder, wie im Fall der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der Deutschen Volkspartei (DVP), wegen der schlechten Wahlergebnisse bei der Reichstagswahl am 5. März nicht mehr vertreten.

Durch die Auflösung des Gemeinderats am 31. März 1933 verloren 18 Stadträte endgültig ihr Mandat. Im neugebildeten gleichgeschalteten Gemeinderat im April 1933 kamen über die Wahlvorschläge (ohne NSDAP) sieben vorherige Stadträte (drei Deutschnationale, zwei SPD, jeweils einer vom Zentrum und vom CSVD) und zwei neue Kommunalpolitiker (von der SPD und dem Zentrum) ins Gremium. Bald beugten sich die SPD-Gemeinderatsfraktion und der Vertreter des CSVD dem massivem Druck innerhalb und außerhalb des Rathauses und traten endgültig zurück. Im Oktober 1933 wurden zwei Stadträte der früheren deutschnationalen Fraktion in die NSDAP-Fraktion aufgenommen. Die letzten der Ausgeschiedenen waren im März 1934 zwei Abgeordnete des früheren Zentrums, deren Partei, wie alle Parteien außer der NSDAP, bereits im Sommer 1933 verboten war. Ab Frühjahr 1934 gab es nur noch Nationalsozialisten auf dem Rathaus.

Die intensive Literatur- und Archivauswertung (Stadtarchiv Tübingen, Staatsarchive Ludwigsburg und Sigmaringen, Bundesarchiv Berlin und Ludwigsburg sowie Militärarchiv Freiburg) und ergänzende Interviews mit Nachkommen einzelner Stadträte führten zu folgenden wissenschaftlich gesicherten Ergebnissen: Von den 23 zwangsweise ausgeschiedenen Stadträten traten zwei in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ein. Ein 1932 freiwillig zurückgetretener Stadtrat trat 1937 der Partei bei (siehe Tabellen 1 und 2). Unter allen zurückgetretenen Stadträten (ohne NSDAP) ist kein Kriegsverbrecher oder Täter im Rahmen der Shoah oder der „Euthanasie“-Verbrechen. Es befindet sich auch kein Profiteur darunter, der ein Grundstück oder ein Geschäft eines jüdischen Bürgers „arisierte“. Zu den Stadträten der NSDAP im Jahr 1933 wurden ebenfalls verschiedene Quellen erhoben; ihre Biografien werden hier nicht weiter dargestellt, da sie nicht Thema dieses Forschungsberichts sind.

Allerdings bedeutet dieses Ergebnis nicht, dass die 23 zwangsweise ausgeschiedenen Kommunalpolitiker alle Opfer sind. Einzelne Stadträte waren nach ihrem Zwangsauschluss wesentlich härter von der Verfolgung betroffen als andere, die nach 1933 weitgehend unbehelligt in Tübingen weiter leben konnten und nicht, wie andere, um ihre berufliche Existenz oder gar um ihr Leben bangen mussten. Diese Unterschiede lagen vorwiegend in der ideologischen Feindbildkonstruktion der Nationalsozialisten begründet, die Juden, Sozialdemokraten, Kommunisten und engagierte Katholiken als besonders gefährliche Feinde wahrnahmen. Für diese stärker von Verfolgung betroffenen Stadträte blieben, in unterschiedlichem Grad, der Überwachungs- und Verfolgungsdruck und das Risiko von Sanktionen nach ihrer Entlassung aus dem städtischen Gremium weiterhin hoch. Die Biografien des Demokraten Simon Hayum und des Kommunisten Hugo Benzinger, der beiden SPD-Stadträte Arno Vödisch und Otto Koch sowie der drei Zentrumsparlamentarier Paul Schwarz, Josef Schleicher und Josef

Held belegen diese spezifische Verfolgungssituation sehr gut. Die ersten Opfer noch vor Auflösung des Gemeinderats am 31. März 1933 waren der kommunistische Stadtrat Benzinger und der jüdische Fraktionsvorsitzende Dr. Simon Hayum. Der bereits untergetauchte Stadtrat Benzinger durfte sein Mandat schon nicht mehr ausüben, Hayum kam seiner Entfernung aus dem Kommunalparlament zuvor, indem er selbst seinen Rücktritt einreichte. Beide waren auch weiterhin starker Verfolgung ausgesetzt. Bei den bürgerlichen Stadträten der früheren Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der Deutschen Volkspartei (DVP) und des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD) ist die Lage schon komplizierter. Während sich die meisten nach der Ausgrenzung aus dem politischen Leben ins Private zurückzogen und weiterhin ihren Berufen nachgingen, zeigte sich vereinzelt eine Tendenz zu Anpassung und Mitläufertum mit oder ohne Parteibuch. Wie ist beispielsweise der Fall eines DDP-Stadtrats zu bewerten, der zwar 1933 wie alle zwangsweise aus dem Gemeinderat ausschied, nicht mehr weiter befördert wurde und dann jedoch als Nicht-Parteimitglied mehr als zehn Jahre in der Kepler-Oberrealschule nationalsozialistische Reden schwang? Sicher ist er in der Gesamtbewertung kein Opfer des Nationalsozialismus. Dieser Fall und andere Biografien zeigen, wie wichtig eine möglichst vollständige Rekonstruktion der Lebensläufe und der Tätigkeiten gerade in den Jahren 1934 bis 1945 ist und dass der Fokus allein auf die politische Gleichschaltung 1933 zu falschen Schlüssen verleiten kann.

Auch sollten bei der Frage nach dem Parteibeitritt der drei ehemaligen Stadträte Otto Koch (SPD), Johannes Kürner (SPD) und Otto Mühlich (CSVD) auch die Umstände ermittelt werden, d.h. ob dieser freiwillig oder unter Zwang geschah und ob es nach dem NSDAP-Beitritt zu Tätigkeiten bzw. Aktivitäten für die Partei kam. Dabei wird man das Fazit ziehen können, dass der Fall des prominentesten Arbeiterführers, Otto Koch, und sein späterer Beitritt im Jahr 1937 unter massivem Zwang erfolgte und Koch deshalb weiterhin als ein NS-Opfer einzustufen ist. In den beiden anderen Fällen – bei dem Sozialdemokraten Johannes Kürner und auch beim freiwillig zurückgetretenen CSVD-Stadtrat Mühlich – ist das der Karriere dienliche Mitläufertum bis hin zum Einsatz für den Nationalsozialismus offensichtlich.

Im Kontext dieses Forschungsprojekts empfiehlt die Geschichtswerkstatt Tübingen e.V. der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat folgende Handlungsvorschläge:

- Die Dokumentation der historischen Vorgänge und der Biografien der ausgeschiedenen Stadträte in einer Broschüre und auf der städtischen Homepage.
- Die Darstellung der Forschungsergebnisse auf der Informations-Steile am Rathaus im Rahmen des vom Gemeinderat beschlossenen „Geschichtspfads zum Nationalsozialis-

mus“. Eine zusätzliche Gedenktafel vor dem Rathaus könnte wegen der Stele den Ort überfrachten.

- Eine angemessene Form des namentlichen Gedenkens an einzelne Stadträte am authentischen historischen Ort im Rathaus.
- Eine Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme und der Gleichschaltung des Gemeinderats im Jahr 2013.
- Die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft des früheren Oberbürgermeisters Adolf Scheef, da der ehemalige Demokrat im zweiten Teil seiner Amtszeit von 1933 bis zu seinem Ruhestand 1939 durchgängig eine aktive nationalsozialistische Kommunalpolitik betrieb (siehe 4. Kapitel).

3. Fragestellung und methodisches Vorgehen

Die mit dem städtischen Fachbereich Kultur abgestimmten Untersuchung sollte die möglichen Verbindungen der ausgeschiedenen Stadträte zum NS-Herrschaftssystem zwischen 1933 und 1945 umfassend überprüfen und bewerten. Der Fokus lag auf der Ebene der Akteure im Spannungsfeld von Opfer, Mitläufer- und Täterschaft und auf der Frage nach ihrer individuellen Haltung und dem Verhalten während der NS-Zeit. Dabei waren für jeden früheren Stadtrat folgende Aspekte und Fragen zu klären:

1. Kurzbiografie
2. Mitgliedschaft in der NSDAP
3. Nutznießerschaft im NS-Herrschaftssystem (berufliche Karriere, „Arisierungen“ etc.)
4. Unterstützung des Nationalsozialismus
5. Beteiligung an NS-Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges

Seit September 2011 bis Februar 2012 wurden systematisch die im **Stadtarchiv Tübingen** verfügbaren Akten und themenrelevante Bestände durchgearbeitet. Die Mehrzahl der benutzten Quellen für dieses Projekt sind im Stadtarchiv gesammelt. Die gute Dokumentation und die optimale Erschließung der Bestände sowie die große Hilfsbereitschaft und Unterstützung aller Mitarbeiter/innen garantierten einen erstklassigen Service, wie es im deutschen Archiv-

wesen häufig nicht die Regel ist. Vor allem sind Gemeinderatsprotokolle von 1933 und der Folgezeit sowie Verwaltungsakten zur Kommunalpolitik durchgesehen worden. Hier wurde der Gleichschaltungsprozess des Tübinger Gemeinderats und dessen Nazifizierung dokumentiert und ein Schwerpunkt neben dem politischen Handeln einzelner NSDAP-Stadträte und des Oberbürgermeisters Adolf Scheef auch auf das Verhalten von Kommunalpolitikern der anderen Parteien in den Jahren 1933 und 1934 gelegt.

Darüber hinaus wurden die Adressbücher und die zeitgeschichtliche Sammlung nach einzelnen Stadträten sowie die Personalakten des Stadtkämmerers Hermann Seelos durchgesehen. Das Stadtarchiv hat neben den Angaben in der Einwohnermeldekartei auch Auszüge des „Bestands der Wohnungsbelegung z. 8.7.1945“ bereitgestellt. Ohne die aktive Suche und Unterstützung des Stadtarchivs wäre dieser wichtige Bestand unberücksichtigt geblieben. Bei diesem Bestand konnte auch die Mitgliedschaft in der NSDAP ermittelt werden. Dies gilt jedoch nicht für einige Stadträte, die entweder wegen Kriegsgefangenschaft nicht in Tübingen waren oder vor 1945 verstorben sind.

Im Oktober 2011 fand eine einwöchige ausführliche Recherche im **Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde** statt. Systematisch wurden alle Namen der entlassenen und neuen Stadträte über die Bestände des Berlin Document Centers (BDC) ermittelt. Dabei wurden mit der Zentralkartei, Ortsgruppenkartei und Parteikorrespondenz verschiedene Zugänge ausgewertet. Die Geschichtswerkstatt wurde bei den Recherchen von der in Berlin lebenden Historikerin Susanne Wein unterstützt. Die Akten zur Parteimitgliedschaft sind nur zu 80 Prozent überliefert; das bedeutet, dass es, wenn die gesuchte Person im Bestand des BDC nicht auftaucht, keine endgültige Klarheit über eine Mitgliedschaft gibt. Deshalb wurden neben dem bereits genannten Bestand zur Wohnungsbelegung im Stadtarchiv auch alle Spruchkammerakten zu den Personen in den Staatsarchiven Sigmaringen und Ludwigsburg herangezogen.

Dabei trat in den Akten des Document Centers Überraschendes zu Tage: Während von den ausgeschiedenen Stadträten der bürgerlichen Parteien, d.h. der Deutschen Demokratischen Partei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums, laut Aktenlage niemand in die NSDAP eintrat, stellten 1937 bzw. 1939 gleich zwei frühere Tübinger SPD-Gemeinderäte (Otto Koch und Johannes Kürner) Anträge auf die Mitgliedschaft in der Partei, denen stattgegeben wurde. Die beiden anderen Parteikollegen Arno Vödisch und Andreas Hipp stellten jedoch keine Beitrittsanträge.

Weiter wurden Spruchkammerakten von ausgeschiedenen und NSDAP-Stadträten im **Staatsarchiv Sigmaringen** herangezogen. Ergänzend werden auch im **Staatsarchiv Ludwigsburg**

entsprechende Dokumente ermittelt. Über einen 1932 ausgeschiedenen weiteren CSVD-Stadtrat, Otto Mühlich, existiert ein Spruchkammerbescheid, der ihn als Parteimitglied seit 1937 ausweist. Nach der Durchsicht von Spruchkammerakten früherer NSDAP-Stadträte im Staatsarchiv Sigmaringen wird in den Entnazifizierungsverfahren die generelle Einstufung von lokalen NS-Funktionären als Mitläufer mit milden Strafen (zeitweiser Entzug des passiven Wahlrechts, geringe Geldbuße) deutlich.

Zur weiteren Klärung der Rolle der ausgeschiedenen Stadträte in der NS-Zeit war nicht nur die möglichst vollständige Recherche der Entnazifizierungs- und Spruchkammerverfahren der ersten Nachkriegsjahre nötig, sondern auch die Frage nach dem Kriegseinsatz der ab 1890 geborenen ehemaligen Ratsherren zu klären. Dazu waren Besuche im **Militärarchiv Freiburg** notwendig. Dort wurden mehrere Personen und deren Militäreinheiten sowie eine mögliche Beteiligung an Kriegsverbrechen überprüft. Schließlich fanden Anfragen im **Bundesarchiv Ludwigsburg** statt, dem Sammelort der Bestände der Zentralstelle der Justiz für die Aufklärung von NS-Verbrechen. Hierbei ging es um die Frage nach möglichen Ermittlungsverfahren ab 1945 gegen frühere Stadträte im Kontext der Shoah oder von Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung und Kriegsgefangene in den einzelnen besetzten Ländern. Diese Recherchen im Militärarchiv Freiburg und im Bundesarchiv Ludwigsburg konnten sicherstellen, dass keine brisanten Vorgänge übersehen wurden. Da nur zwei NSDAP-Stadträte durch die Militärbehörden interniert wurden und ihre Spruchkammerakten vorliegen sowie bei den ausgeschiedenen Stadträten keine Kriegsverbrechen im Bundesarchiv Ludwigsburg dokumentiert sind, konnte auf weitere Recherchen im französischen Militärarchiv in Paris verzichtet werden. Demgegenüber wurde im Blick auf die Opfer eine schriftliche Anfrage an den **Internationalen Suchdienst (ITS)** in Bad Arolsen gerichtet, um die Haftumstände einzelner verfolgter Stadträte zu klären, was jedoch zu keinem Ergebnis geführt hat.

Ergänzend zu den Archivstudien wurden **Gespräche mit Zeitzeugen** geführt, um ein möglichst umfassendes biografisches Bild während der NS-Zeit zu erlangen. Dabei konzentrierte sich die Geschichtswerkstatt auf einzelne Angehörige und Nachbarn von Josef Held, Otto Koch und Hugo Benzinger, weil es erstens kaum mehr lebende Angehörige gibt und zweitens sehr wenig über die Verfolgungszeit dieser drei ausgeschiedenen Stadträte bekannt war. Hier konnten die Gespräche wichtige Informationen zu den Opferbiografien liefern und bei Otto Koch auch zu einer differenzierten und gerechteren Einschätzung seines Parteibeitritts beitragen. Im Sinne der Quellenkritik wurden die mündlichen Erinnerungen auch mit den schriftlichen Dokumenten zu den Personen und der allgemeinen Forschungsliteratur „gegengelesen“, um Fehleinschätzungen zu vermeiden.

Die teilweise sehr **unterschiedliche Quellenlage** in den öffentlichen Archiven zu den einzelnen Stadträten hatte Auswirkungen auf die Länge und Dichte der Kurzbiografien. Nach dem Ausscheiden ist von einzelnen Stadträten aufgrund ihres Rückzugs ins Private und der mangelnden Überlieferung in kommunalen und staatlichen Archiven kaum mehr als ein biografisches Grundgerüst bekannt. Erschwerend kam der inzwischen häufig fehlende Zugang über Zeitzeugen und Angehörigen hinzu, der nur in einigen Fällen möglich war. Bei anderen Stadträten, wie den hauptsächlich betroffenen Opfern oder den NSDAP-Parlamentariern, ist die Quellenlage deutlich besser, was zur biografischen Dichte beigetragen hat.

4. Die Gleichschaltung des Tübinger Gemeinderats 1933/1934:

Vorgeschichte, Verlauf und Folgen

Tübingen war eine bürgerliche Stadt. Dieses Sozialprofil spiegelte sich auch in der Zusammensetzung des Gemeinderats in der Weimarer Republik wieder: Beamte, Handwerker, Kaufleute, Weingärtner und freie Berufe wie Rechtsanwälte.¹ Die liberalen und nationalen bürgerlichen Parteien repräsentierten zwischen 65 bis 70 Prozent der Tübinger Bevölkerung. Durch die verspätete und begrenzte Industrialisierung blieben die Arbeiterparteien, die Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) und die Kommunistische Partei Deutschland (KPD) zusammen unter 20 Prozent. Die katholische Zentrumspartei kam im protestantischen Tübingen durchschnittlich auf zehn Prozent der Stimmen.²

Das liberale Bürgertum und seine Partei, die Deutsche Demokratische Partei (DDP), hatte in der demokratischen Aufbruchphase 1919 mit knapp 42 Prozent bei der Reichstagswahl eine Hochburg, doch sie musste bald im Zuge der rechts- und linksradikalen Angriffe auf die Republik und der Nachkriegskrise zahlreiche Stimmen an die rechtsgerichteten Parteien, die Deutschnationale Bürgerpartei (Deutschnationale Volkspartei/DNVP), die nationalliberale Deutsche Volkspartei (DVP) und an den konservativ-pietistischen Christlich-Sozialen Volksdienst (CSVD) abgeben.

In den letzten Jahren der Republik hatte sich die Zusammensetzung des Gemeinderats bei der Wahl 1931 vor dem Hintergrund der eskalierenden Staats-, Kultur- und Wirtschaftskrise

1 Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus. Tübingen 1991, S. 28 ff.

2 Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden. Stuttgart 1995, S. 93; Schönhagen 1991, S. 29 ff.

noch deutlicher nach rechts verschoben: Den knapp 13 Prozent der DDP standen 18 Prozent Stimmen der Deutschnationalen, des CSVD mit 9,3 Prozent, der DVP mit knapp 8 Prozent sowie erstmals der NSDAP gegenüber. Sie hatte aus dem Stand 23,3 Prozent erreicht und wurde stärkste Partei.³ Bei der Reichstagswahl im September 1930 hatte die NSDAP mit knapp 14 Prozent einen ersten größeren Wahlerfolg errungen.

Aufgrund der Tatsache, dass bis 1933 in Tübingen alle drei Jahre eine Gemeinderatswahl stattfand, war das Wahlergebnis mit der tatsächlichen Mandatszahl nicht identisch, weil nur jeweils die Hälfte der Stadträte alle drei Jahre neu gewählt wurden. Deshalb ergab sich 1931 folgende Sitzverteilung für die 28 Sitze des Tübinger Kommunalparlaments:⁴

DDP: 6

Zentrum: 3

DNVP (Bürgerpartei): 6

DVP: 3

CSVD: 2

NSDAP: 4

SPD: 3

KPD: 1

Laut **Gemeinderatsprotokoll von 1932** waren es die folgenden 28 Stadträte:⁵

Deutsche Demokratische Partei (DDP)

Simon Hayum, Dr., Rechtsanwalt, Fraktionsvorsitzender, gewählt bis 1934

Friedrich Dannenmann (Senior), Baumeister, gewählt bis 1934

Friedrich Eppensteiner, Professor Dr. Studienrat an der Oberrealschule, 1937

Josef Gugel, Weingärtner, 1934

Paul Löffler, Reichsbahnobersekretär a.D., 1937

Otto Schott, Uhrmachermeister, 1934

Zentrumspartei

Josef Schleicher, Oberlehrer, Fraktionsvorsitzender, 1934

Paul Schwarz, Kaufmann, 1934

Eugen Köhler, Verwaltungsobersekretär, 1937

3 Schönhausen 1991, S. 31.

4 Ebd.

5 SAT: GRP 1932, S. 3.

Deutschnationale Volkspartei (Bürgerpartei)

Karl Jäger, Rechtsanwalt, Fraktionsvorsitzender, stellvertr. ehrenamtliche Bürgermeister, 1934

Walter, Gmelin, Professor, Dr., 1937 (Rücktritt 1932)

→ Nachrücker Jakob Schneider, Güterbeförderer

Zacharias Krauß, Weingärtner, 1934

Elisabeth Landerer, ohne Beruf, 1937

Heinrich Rück, Oberrechnungsrat a.D., 1934

Hermann Seelos, Steuerratsschreiber, 1937

Deutsche Volkspartei (DVP)

Paul Fischer, Vorsitzender des Hausbesitzervereins, Fraktionsvorsitzender, 1934

Ludwig von Köhler, Dr., Universitätsprofessor, Staatsminister a.D. , 1934

Karl Lemberger, Bäckermeister, 1937

Christlich-Sozialer Volksdienst (CSVD)

Otto Mühlich, Korrektor, Fraktionsvorsitzender, 1934 (Rücktritt 1932)

→ Nachrücker Otto Kübler, Missionskaufmann

Heinrich Heinle, Schneidermeister, 1937

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)

Walter Schurr, kaufm. Angestellter, Fraktionsvorsitzender, 1937

Hans Keck, Frisurobermeister, 1937

Eugen Schneck, Weichenwärter-Aushelfer, 1937

Max Stockburger, Rechtsanwalt, 1937

Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)

Otto Koch, Krankenkassenangestellter, Fraktionsvorsitzender, 1937

Andreas Hipp, Fuhrhalter, 1934

Arno Vödisch, Korrektor, 1934

Kommunistische Partei Deutschland (KPD)

Hugo Benzinger, Schneidermeister, 1937

Die Biografien der ausgeschiedenen Stadträte, ihre Rolle in der NS-Zeit und die Klärung möglicher Verstrickungen in den Nationalsozialismus werden im 6. Kapitel behandelt.

Hochburg des Nationalsozialismus

Tübingen war bereits vor 1933 eine Hochburg des Nationalsozialismus und der Deutschnationalen Volkspartei (Bürgerpartei). Die Universität⁶, die Beamtenschaft und der gewerbliche Mittelstand wählten zusehends die NSDAP. Nationalistische und völkische Aufzüge, Umtriebe und Angriffe der Studentenschaft gegen politische Gegner, demokratische Institutionen, Juden und die Arbeiterbewegung prägten die Weimarer Republik.⁷

Bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 erreichten in Tübingen die Nationalsozialisten 49,2 Prozent und die Deutschnationale Kampffront Schwarz-Weiß-Rot 12,8 Prozent der Stimmen.⁸ Damit hatte die Hitler-Hugenberg-Regierung in Tübingen eine deutliche Mehrheit und auch deutlich mehr Stimmen als im Reichsdurchschnitt, wo die NSDAP bei 43,9 Prozent und die Deutschnationalen bei 8 Prozent lagen.⁹ Die liberale DDP hatte in ihrer einstigen Hochburg lediglich knapp 4 Prozent erzielt, während Zentrum, SPD und KPD auf schwachem Niveau stabil blieben. Es war hauptsächlich das nach rechts gedriftete protestantische Bürgertum, das für die „Zustimmungsdiktatur“¹⁰ in Tübingen votierte.

Der jüdische Rechtsanwalt und Fraktionschef der DDP-Gemeinderatsfraktion Dr. Simon Hayum (siehe Biografie von Simon Hayum) erinnert sich an diese Tage der nationalsozialistischen Machtübernahme: „Hatte vorher schon das ‚Juda verrecke‘ in Wort und Schrift die Öffentlichkeit beherrscht, so tobte nun der Antisemitismus ungehemmt auf der Strasse in den Chören der marschierenden Kolonnen der Nazis und in der sofort umgeschalteten Tübinger Chronik.“¹¹ Und er schildert seine Erfahrungen im Gemeinderat, nachdem Hitler am 30. Januar 1933 vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde: „Ich war damals noch Mitglied des Gemeinderats der Stadt Tübingen. Schon in den 1. Tagen nach dem 30. Januar berief Oberbürgermeister Scheef eines Vormittags die Vertreter der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zu einer vertraulichen Sitzung zur Stellungnahme zu dem Antrag der Nationalsozialisten, die Hakenkreuzfahne auf dem ehrwürdigen Rathaus der Stadt aufzupflanzen. Ein Dozent der Universität, Bebermayer, und ein anderer Nazi, vermut-

6 Zur Rolle der Universität vor und während des NS siehe Urban Wiesing, Klaus-Rainer Brintzinger, Bernd Grün, Horst Junginger, Susanne Michel (Hrsg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart 2010.

7 Geschichtswerkstatt 1995, S. 81 ff.; Schönhausen 1991, S. 73 ff.

8 Schönhausen 1991, S. 107.

9 Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich. München 1991, S. 3.

10 Den Begriff prägte der Historiker Frank Bajohr. Siehe Frank Bajohr: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hrsg.): Hamburg im „Dritten Reich“. Göttingen 2005, S. 69–121.

11 Simon Hayum. Erinnerungen aus dem Exil. Lebensweg eines Tübinger Bürgers. Herausgegeben von der Geschichtswerkstatt Tübingen. Kleine Tübinger Schriften Heft 29. Tübingen 2005, S. 163.

lich Weinmann, der Nachfolger Scheefs im Amt des Oberbürgermeisters von Tübingen, hatten dieses Verlangen an Scheef herangebracht. Anwesend waren die Deutschnationalen, das Zentrum, die Sozis, die deutsch-demokratische Partei, repräsentiert durch mich, und einige weitere Mitglieder, auf deren Namen ich mich nicht mehr entsinne, der christl. Volksdienst. Ich selbst gab der Ansicht Ausdruck, dass die Stadtvertretung keinen Anlass habe, auf dieses Verlangen einzugehen und abwarten könne, ob eine Anordnung der Regierung erfolgen werde. Die Stimmung war sehr verängstigt und führte zu keiner offenen Aussprache seitens der politischen Gegner der Nazis und man ging auseinander, ohne einen Beschluss zu fassen, man überliess die Entscheidung dem Oberbürgermeister, der dann auch schon bald die Hisung des Hakenkreuzes, sei es aus eigenem Entschluss, sei es infolge Veranlassung der Regierungsbehörden anordnete.“¹²

Die Gleichschaltung verlief prozesshaft in einem Zusammenspiel von administrativen Zwangsgesetzen und lokalem Druck in der politischen Kultur.¹³ Im März 1934 hatte sich die Tübinger NSDAP-Gemeinderatsfraktion mit dem Austritt der letzten Opponenten vollends durchgesetzt.

Nach dem Sieg der Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 und der Bildung der Koalitionsregierung von NSDAP und Deutschnationaler Volkspartei wurde am 23. März im Reichstag mit großer Mehrheit das „Ermächtigungsgesetz“ beschlossen, das der Reichsregierung bei Ausschaltung der Parlaments größtmögliche diktatorische Vollmachten verlieh. Der Errichtung der totalen Diktatur und seiner Selbstentmachtung stimmte der Reichstag mit deutlicher Zweidrittel-Mehrheit durch das Zentrum und alle anderen bürgerlichen Parteien zu.¹⁴ Nur die SPD verteidigte die parlamentarische Republik. Die KPD war zu diesem Zeitpunkt bereits verboten. Aufgrund dieser legalistischen „Machtergreifung“ erzwang die Reichsregierung von Adolf Hitler Ende März 1933 das vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder.¹⁵ Das Gesetz sah die Auflösung der frei gewählten Gemeinderäte in allen deutschen Ländern vor. Dies wurde in der Sitzung am 31. März im Tübinger Rathaus vollzogen. Alle 28 Stadträte verloren ihr Mandat. Die neue württembergische Staatsregierung entthob den kommunistischen Stadtrat Hugo Benzinger (siehe Biografie von Hugo Benzinger) bereits am 28. April 1933 mit sofortiger Wirkung des Amtes.¹⁶ Der demokratische Fraktionsvorsitzende und jüdische Rechtsanwalt Simon Hayum kam seiner Zwangsent-

12 Ebd., S. 161 f.

13 Andreas Wirsching (Hrsg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft. Göttingen 2007; Ludolf Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Frankfurt a.M. 1996; Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1997.

14 Hildebrand 1991, S. 3 f.; Benz u.a. 1997, S. 448 f. (Stichwort: Ermächtigungsgesetz).

15 Benz u.a., S. 490 f. (Stichwort: Gleichschaltung).

16 SAT: GRP vom 31.3.1933.

hebung und der drohenden Demütigung im Gremium durch ein eigenes Rücktrittsgesuch zuvor und zwar „infolge der veränderten Verhältnisse und mit Rücksicht auf meinen Gesundheitszustand“.¹⁷

Im April wurde der gleichgeschaltete Gemeinderat auf der Grundlage des Gesetzes der württembergischen NS-Staatsregierung über die „Neubildung der aufgelösten Gemeinderäte vom 12. April“ neu gebildet. Die Basis bildeten die allseits für die Nationalsozialisten günstigen Wahlergebnisse der Reichstagswahl vom März 1933, abzüglich der Stimmen für die KPD. Dieser Wahlerfolg, das KPD-Verbot und die Verkleinerung des Gemeinderats von 28 auf 22 Sitze bescherten den Nationalsozialisten mehr als Hälfte der Sitze. Hinzu kam der gemeinsame Wahlvorschlag von NSDAP und Deutschnationalen, der ihnen eine deutliche Zwei-Drittel-Mehrheit erbrachte. Die traditionell nach dem D'Hondt-Verfahren ermittelte Sitzverteilung (das Verfahren bevorzugt große Parteien) des auf 22 Sitze verkleinerten Gremiums erbrachte folgendes Ergebnis:

13 Sitze für die NSDAP

3 Sitze für die deutschnationale Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

3 Sitze für die SPD

2 Sitze für das Zentrum

1 Sitz für den CSVD

Der Wahlvorschlag der KPD wurde ausdrücklich verboten. Die DVP und DDP kamen wegen der Verkleinerung und den schlechten Wahlergebnissen nicht mehr zum Zuge.

Die fünf im gleichgeschalteten Gemeinderat vertretenen Parteien wurden vom kommunalen Wahlvorstand zur Einreichung eines Wahlvorschlags aufgefordert.¹⁸ Die verbliebenen Parteien bestimmten selbstständig die Rangfolge ihrer Bewerber und hatten zumindest formell die Möglichkeit, wen sie in den Gemeinderat entsenden wollten. Dabei sind drei Aspekte bemerkenswert: Erstens trat der wichtigste Vertreter der Tübinger Arbeiterbewegung, der SPD-Vorstand und frühere Gewerkschaftsführer Otto Kochs nicht mehr an, er sollte vor weiteren Angriffen geschützt werden. Zweitens schied die einzige Stadträtin aus, weil Elisabeth Landerer den führenden Stadträten der Deutschnationalen den Vortritt lassen musste und Ersatzkandidatin blieb. Drittens kamen neben neun neuen NSDAP-Stadträten bei der SPD und dem Zentrum jeweils ein neues Ratsmitglied zum Zuge.

17 SAT: A 150/275, Schreiben von Hayum an OB Scheef vom 31.3.1933.

18 SAT: A 150/275, Niederschrift des Wahlvorstands über die Neubildung des Gemeinderats am 27.4.1933.

Im neugebildeten gleichgeschalteten Gemeinderat wurden am 4. Mai 1933 die folgenden Stadträte eingeführt:¹⁹

NSDAP

Heinrich Frank, Steuersekretär
Hans Höhn, Kaufmann
Hans Keck, Friseurmeister
Hermann Kratz, Malermeister
Dr. Rupprecht Matthaei, Universitätsprofessor
Wilhelm Pressel, Stadtpfarrer
Karl Sautter, Oberpostinspektor
Walter Schneider, Kaufmann
Eugen Schneck, Hilfsweichenwärter
Walter Schurr, Kaufmann
Ernst Siess, Gärtner
Max Stockburger, Rechtsanwalt
Dr. Ernst Weinmann, Zahnarzt, Fraktionsvorsitzender

Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (Deutschnationale)

Karl Jäger, Rechtsanwalt
Zacharias Krauß, Weingärtner
Hermann Seelos, Steuerratsschreiber

SPD

Arno Vödisch, Korrektor
Andreas Hipp, Fuhrhalter
Johannes Kürner, Maschinensetzer

Zentrum

Josef Held, Gewerbeschulrat
Paul Schwarz, Kaufmann

CSVD

Otto Kübler, Missionskaufmann

¹⁹ SAT: GRP vom 4.5.1933, § 250, S. 337.

Von der Gleichschaltung zur endgültigen Ausschaltung

Bei der Konstituierung des gleichgeschalteten Gemeinderats am 4. Mai 1933 und der Bildung der Ausschüsse wenige Tage später am 8. Mai, betonte die NSDAP sogleich ihre neue Weltanschauung und ihren totalitären Machtanspruch. Damit entstand in den ersten Sitzungen bereits ein enormer Druck zur Konformität, der auf den übrigen sechs Stadträten von SPD, Zentrum und CSVD lastete.

Zur Agitation des NSDAP-Fraktionsvorsitzenden Dr. Ernst Weinmann herrschte im Gemeinderat allgemein beredtes Schweigen: „Freudig übernehmen wir die Verantwortung, die uns durch das Vertrauen unseres Führers übertragen worden ist, getreu unseres Programms.“²⁰ Seine Anträge auf die Ehrenbürgerschaft für Adolf Hitler und die Umbenennung der Mühlstraße in Adolf-Hitler-Straße wurden kommentarlos und einstimmig beschlossen. Das Resultat spiegelte das Klima der Einschüchterung gut wider. Nur der anwesende SPD-Stadtrat Arno Vödisch (siehe Biografie von Arno Vödisch) setzte später seine Unterschrift nicht unter das Sitzungsprotokoll.²¹

Bei der Besetzung der Ausschüsse in der Gemeinderatssitzung am 8. Mai kam es zum Widerspruch des Zentrums, weil die NSDAP sich diktatorisch weigerte, der demokratischen Minderheit überhaupt Sitze einzuräumen. Fraktionschef Weinmann bestand mehrfach auf der Besetzung allein durch seine Mehrheitsfraktion, weil diese jetzt allein die gesamte Verantwortung in der Gemeindepolitik trage. Die beiden Stadträte des Zentrums, Paul Schwarz und Josef Held (siehe Biografie von Paul Schwarz und Josef Held), wehrten sich gegen den Machtmissbrauch. Held fand deutliche Worte: Es berühre ihn peinlich, wenn sofort zu Beginn der gemeinsamen Arbeit die Nationalsozialisten die anderen Fraktionen von der Mitarbeit ausschalten würden, gab er zu Protokoll.²² Die SPD-Stadträte äußerten sich nicht. Schließlich ergab die Abstimmung 16 zu 5 Stimmen von Zentrum und SPD für die ausschließliche Besetzung der Ausschüsse mit Nationalsozialisten und Deutschnationalen. Als der Stadtrat Paul Schwarz weiter um einen Ausschusssitz für das Zentrum bat und dieses Ansinnen vom Stadtrat des Christlich-Sozialen Volksdienst, Otto Kübler, unterstützt wurde, machte Weinmann im Falle des Zentrums eine Ausnahme. Gleichzeitig betonte er scharf: „Insbesondere lehne er es prinzipiell ab, mit dem Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in einem Ausschuss zusammenzuarbeiten.“²³

20 SAT: GRP vom 4.5.1933, § 250.

21 SAT: GRP vom 4.5.1933.

22 SAT: GRP vom 8.5.1933, § 255.

23 Ebd.

Dies war ein unmissverständliches Signal, dass jegliche Basis für eine sachliche und demokratische Zusammenarbeit seitens die NSDAP vorbei war und bei Widerspruch und Wider-setzlichkeit Repressalien drohen würden. Zur nächsten Sitzung legten die drei SPD-Stadträte in einer Zuschrift vom 10. Mai sowie die Ersatzleute ihr Mandat nieder.²⁴ Durch die Beschlagnahmung des Parteivermögens der SPD und die damit verbundene Auflösung des Ortsgruppe sowie die Verfolgung von führenden Parteifunktionären wie Otto Koch (siehe Biografie von Otto Koch) standen die SPD-Parlamentarier inner- und außerhalb des Rathauses unter massivem Druck. Sie sahen trotz Appellen der Landespartei, standhaft in den Gremien auszuharren²⁵, keine Arbeitsgrundlage mehr, zumal sie – wie Vödisch durch die Tatsache seiner fehlenden Unterschrift richtig erkannt hatte – dem noch nicht fest etablierten Regime nicht eine zusätzliche Legitimation verschaffen wollten.

Interessant an den beiden kommunalpolitischen Vorgängen ist dabei das Verhalten des seit 1927 amtierenden Oberbürgermeisters Adolf Scheef, der von Beginn an sein Arrangement mit den neuen Machthabern bekräftigte. Der einst liberale Scheef, ansonsten kein Freund allgemeinpolitischer und pathetischer Reden, schwenkte am 1. Mai 1933 selbst in den Chor nationalsozialistischer Propaganda ein, indem er diesen Tag der deutschen Volksgemeinschaft und der deutschen Arbeit würdigte und neben dem Reichspräsidenten Paul Hindenburg den neuen Reichskanzler Adolf Hitler hochleben ließ.²⁶ Bei der Beratung über die Bestellung der Ausschüsse am 8. Mai setzte sich Scheef nicht für die Interessen der demokratischen Minderheit von Zentrum und SPD ein, sondern ließ diese Frage bewusst im Gemeinderat entscheiden, in dem die NSDAP eine überwältigende Mehrheit hatte. Der blitzschnelle Wandel des demokratischen Stadtoberhauptes zum willigen Diener des Nationalsozialismus ab März 1933 zog sich als roter Faden durch seine Amtszeit bis 1939. Darauf wird später im Einzelnen eingegangen.

Einzelne Stimmen gegen eine antisemitische Stadtpolitik

Dass die Gleichschaltung des Gemeinderats und seine Nazifizierung jedoch nicht ganz so reibungslos verlief, wie es die Forschungsliteratur annimmt, zeigt die genaue Lektüre der Gemeinderatsprotokolle zu den ersten antijüdischen Maßnahmen des Gemeinderats.²⁷ In sei-

24 SAT: A 150/276, Auszug aus dem GRP vom 15.5.1933, § 276.

25 Schönhagen 1991, S. 133.

26 SAT: GRP vom 1.5.1933, Ansprache von Oberbürgermeister Scheef.

27 So schreibt Benigna Schönhagen von fehlenden Einwänden und Widerspruch, was weder beim Freibadverbot noch beim Abbruch der städtischen Geschäftsbeziehungen zum Tapetengeschäft von Hugo Löwenstein zutrifft. Schönhagen 1991 S. 133. An anderer Stelle beschreibt sie selbst den Widerspruch des Stadtrats Kübler, ebd., S. 124.

ner Sitzung am 14. Mai 1933 beschloss der gleichgeschaltete Gemeinderat mit allen Stimmen, „Juden und Fremdrassigen“ den Besuch des städtischen Freibads am Neckar zu verbieten.²⁸ Die NSDAP wollte damit einen praktischen Beitrag zu ihrer antisemitischen Weltanschauung leisten. Oberbürgermeister Scheef hatte das Thema der Neuregelung des Freibadwesens auf die Tagesordnung gesetzt, was die NSDAP zum antisemitischen und rassistischen Vorstoß nutzte. Dieses Freibadverbot war zu diesem Zeitpunkt das erste im Deutschen Reich und sorgte sofort für Interventionen des Universitätsrektors und weitere diplomatische Verwicklungen.²⁹

So verzeichnet das Gemeinderatsprotokoll vom 23. Mai die Bedenken des Universitätsrektors wegen des Passus der „Fremdrassigen“, weil dieser bei den ausländischen Studenten für erhebliche Unruhe gesorgt habe. Oberbürgermeister Scheef bat den Gemeinderat um Festlegung, wer unter den Begriff Fremdrassige falle, was Professor Dr. Rupprecht Matthaei für die NSDAP-Fraktion übernahm. Der deutschnationale Stadtrat Karl Jäger (siehe Biografie von Karl Jäger) äußerte Bedenken gegen den Beschluss, Juden und Fremdrassige vom Freibad auszuschließen, weil dieser zu weit gehe.³⁰ So sei der Freibadbesuch von Juden ganz gering, da das Freibad nur von drei Töchtern aus jüdischen Familien benützt werde. Man solle lieber abwarten und Erfahrungen sammeln. Wenn es erforderlich sei, könne der Beschluss immer noch in Kraft gesetzt werden. Während Jäger auch sachliche Argumente vorbrachte, beharrten die Nationalsozialisten strikt auf dem Verbot. Diese ideologische Fixierung brachte dem Tübinger Gemeinderat und dem Reichsaußenministerium noch einen längeren diplomatischen Konflikt mit dem befreundeten Ägypten ein.³¹

Beim zweiten Beispiel war es erneut Oberbürgermeister Scheef, der die weitere Vergabe der Tapetenlieferung für die städtische Wohnhausneubauten durch die Firma Hugo Löwenstein grundsätzlich im Gemeinderat klären ließ, obwohl das städtische Hochbauamt an der bisherigen Vergabep Praxis festhalten wollte.³² Der zum evangelischen Glauben konvertierte Kaufmann Hugo Löwenstein, der jüdischer Herkunft war, führte ein Tapeten- und Linoleum-Geschäft beim Museum. Fraktionschef Weinmann betonte, dass „Kaufmann Löwenstein unter den heutigen Verhältnissen“ für die Tapetenlieferung nicht mehr in Frage komme. Auch der Tapezier-Innung müsse die Auflage gemacht werden, dass sie ihre Tapeten nicht mehr von der Firma Löwenstein beziehe. Daraufhin setzte sich Stadtrat Otto Kübler vom Christlich-Sozialen Volksdienst (siehe Biografie von Otto Kübler) in ungewöhnlich deutlicher Form für

28 SAT: GRP vom 14.5.1933, § 281.

29 Geschichtswerkstatt 1995, S. 105.

30 SAT: GRP vom 23.5.1933, § 354.

31 Geschichtswerkstatt 1995, S. 105.

32 SAT: GRP vom 12.6.1933, § 410. Die weiteren Informationen und das Zitat hieraus.

die Firma ein, wie das Protokoll vermerkt: „Stadtrat Kübler weist darauf hin, dass Kaufmann Löwenstein schon seit 26 Jahren Mitglied der Evang. Landeskirche sei und dass er im Krieg für Deutschland an der Front gekämpft habe. Dafür sei er auch ausgezeichnet worden. Er – Kübler – würde es für ein Unrecht halten, wenn Kaufmann Löwenstein nun von der Tapetenlieferung für die städtischen Neubauten am schmalen Weg ausgeschlossen würde. Stadtrat Kübler bittet sodann um Feststellung, ob Kaufmann Löwenstein prinzipiell von den städtischen Lieferung ausgeschlossen werden soll. Darauf erwidert Stadtrat Dr. Weinmann, daß Kaufmann Löwenstein aus prinzipiellen Erwägungen bei den Tapetenlieferungen für die Neubauten am schmalen Weg nicht berücksichtigt werden könne“. Die harschen Reaktionen auf Küblers Gegenrede zeigen, dass die NSDAP keine Opposition dulden werde. Der Gemeinderat schloss die Firma Hugo Löwenstein von den städtischen Geschäftsverbindungen aus. Das Tapeten- und Linoleum-Geschäft war bald ruiniert. Der Christ jüdischer Herkunft musste 1934 ins damalige Palästina emigrieren.³³

Am 14. Juli 1933 wurden im nationalsozialistischen Deutschland endgültig alle Parteien außer der Staatspartei verboten.³⁴ Zuvor hatten sich einzelne bürgerliche Parteien bereits selbst aufgelöst.³⁵ Schon am 22. Juni 1933 traf die SPD das Parteiverbot. Die Auflösung aller Parteien und der im Gemeinderat erzeugte Druck veranlassten den früheren Fraktionschef Karl Jäger und Otto Kübler – in den beiden vorgenannten Fällen in Opponenten der NSDAP-Politik – zum Rücktritt.³⁶ Da die potentiellen Nachrücker auch aus Gründen der Parteiauflösung ihren Mandatsverzicht erklärten, schrumpfte der Tübinger Gemeinderat mit 17 Sitzen auf Restgröße. Zuvor war die deutschnationale Fraktion kaum mehr existent, weil einer ihrer Stadträte, der Steuerratschreiber Hermann Seelos (siehe Biografie von Hermann Seelos), im Mai 1933 bereits in die NSDAP eingetreten war. Im Oktober 1933 wurden der populäre Weingärtner Zacharias Krauß (siehe Biografie von Zacharias Krauß) und Seelos als Hospitanten in die NSDAP-Fraktion übernommen. Der Ausschaltungsprozess der politischen Gegner und Nicht-Parteileute war nun fast abgeschlossen, es blieben lediglich die zwei Zentrumsparlamentarier Schwarz und Held übrig. Deren geduldete kommunalpolitische Teilhabe war nach der Auseinandersetzung bei der Besetzung der Ausschusssitze durch Anpassung und Stillhalten erzwungen wurden. Sie wichen im März 1934 als letzte dem großen Druck³⁷, denn die NSDAP verfolgte zur Durchsetzung ihrer NS-Weltanschauung die totale Gleichschaltung und Nazifizierung aller politischen und sozialen Bereiche. Diese Strategie zeigte sich nach der Ausschaltung der letzten politischen Gegner aus dem Kommunalparlament

33 Geschichtswerkstatt Tübingen 1995, S. 285 f.

34 Reichsgesetzblatt 1933 I, S. 479.

35 Herbst 1997, S. 71.

36 SAT: GRP vom 24.7.1933 § 538.

37 SAT: GRP vom 5.3.1934, § 164.

auch im drastischen Bruch in der politischen Kultur: Das Kommunalparlament wurde zum reinen Akklamationsorgan der NSDAP-Fraktionsführung von Ernst Weinmann und Max Stockburger, der Kreisleitung und des Oberbürgermeisters Scheef degradiert, die in allen kommunalpolitischen Entscheidungen eng kooperierten. Der 1901 geborene Max Stockburger stieg 1935 zum dritten ehrenamtlichen Beigeordneten auf und war neben seiner Tätigkeit als SD-Leiter der kommunalpolitische Vertreter von Weinmann. Dort diente er treu der NS-Stadtpolitik und war 1941/42 für die menschenunwürdigen Zustände bei der städtischen Unterbringung der Zwangsarbeiter verantwortlich.³⁸ Oberbürgermeister Scheef und Fraktionschef Weinmann, der 1935 erster ehrenamtlicher Beigeordneter wurde, waren in den 1930er Jahren die beiden prägenden Gestalten der Stadtpolitik, die zahlreiche Initiativen im nationalsozialistischen Sinne vorantrieben. Im Gemeinderat gab es nur noch seltene Gelegenheiten, z.B. bei Bauvorhaben, für eine Aussprache unter den NSDAP-Stadtpolitikern und diese durften lediglich Anregungen und Anfragen vorbringen. Den totalen Bedeutungsverlust des Stadtparlaments kompensierten die Tübinger Parteigrößen im Verbund mit dem Oberbürgermeister durch Symbolpolitik: Aus Stadträten wurden, zum rein männlichen Gremium passend, Ratherren, denen zuweilen kleine administrative und repräsentative Aufgaben übertragen werden konnten.³⁹

Völkische Kommunalpolitik

Während Scheef und Weinmann den Ausbau Tübingens zur Parteistadt vorantrieben, konzentrierten sich einzelne Ratsherren darauf, die freien kleinen Lebenswelten in Tübingen ihren völkischen Ordnungsvorstellungen zu unterwerfen. Dabei tauchten in den Protokollen des Gemeinderats immer wieder diese Namen auf: Walter Schneider, Eugen Schneck, Karl Sautter, Alfred Göhner, Walter Schurr und Ernst Siess.

Der 1903 in Tübingen geborene Walter Schneider war Ortsgruppenleiter in Tübingen, frühes Parteimitglied und seit 1941 Ortsgruppenleiter in Stuttgart. Der 1933 berufene Stadtrat Schneider agierte im Mai 1933 für ein Freibadverbot für „Juden und Fremdrassige“.⁴⁰ Schneider begrüßte für den Gemeinderat, dass mit der Alkoholkonzession für das Café Pomona am Neckartor das bahnbrechende Lokalverbot für Juden honoriert worden sei.⁴¹ Im Entnazifizierungsverfahren wurde der Internierte von Zeugen als „fanatischer Wichtigtuer“

38 StAL: EL 902/20, Nr. 93266 Max Stockburger. Er wurde 1950 vom der Zentralspruchksammer Nordwürttemberg nach zeitweiser Internierung als Mitläufer eingestuft.

39 SAT: GRP vom 1.8.1935.

40 SAT: GRP vom 23.5.1933, § 354.

41 SAT: GRP vom 26.10.1936, § 794.

charakterisiert und zunächst als Minderbelasteter und dann als Mitläufer eingestuft.⁴²

Der 1933 berufene und mit 73 Jahren älteste Stadtrat Karl Sautter trat wiederholt mit dezi- dierten NS-Positionen hervor. Im Gemeinderat sprach er den Dank an die Tübinger Bevölke- rung aus für deren freudige Beteiligung an der öffentlichen Feier zu Hitlers Geburtstag im Jahr 1934.⁴³ Sautter, der seit 1933 auch Kirchengemeinderat der völkischen Deutschen Chris- ten (einer Strömung in der Evangelischen Kirche, die Christentum und Nationalsozialismus miteinander verschmolz) war⁴⁴, trug den Kirchenkampf⁴⁵ in den Gemeinderat, in dem er die- se regimekritischen Seelsorger der Eberhardskirche und den Dekan wegen einer nichtöffent- lichen Versammlung angriff, weil er keinen Zugang bekam.⁴⁶ Im März 1937 trieb er mit anti- semitischen Initiativen die Verbannung jüdischer Händler vom Jahrmarkt voran.⁴⁷ Er trat 1939 aus Altersgründen als Ratsherr zurück und starb im September 1940 in Tübingen.⁴⁸

Der Eisenbahnhilfsarbeiter Eugen Schneck war ein „alter Kämpfer“ der NS-Bewegung. Er zog bereits 1931 in den Gemeinderat ein. Er überführte die verbotenen Gewerkschaften 1933 in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) und war deren Kreisobmann.⁴⁹ Im gleichgeschalteten Gemeinderat ab Mai 1933 machte er sich für die penible Einhaltung der NS-Weltanschauung in der Stadtverwaltung stark, als er sich über die angeblich häufig anzutreffende Grußformel „Hochachtungsvoll“ statt „Heil Hitler“ beschwerte.⁵⁰ Er denunzierte städtische Arbeiter, die seiner Meinung nach wenig Verständnis für den Nationalsozialismus zeigten, und forderte die Stadtverwaltung zur besseren weltanschaulichen Schulung von Beamten, Angestellten und Arbeitern auf.⁵¹ Er profitierte 1938 durch einen Versorgungsposten bei der Stadt.⁵² Schneck wurde 1945 ins französische Internierungslager Balingen verbracht und im April 1948 als Minderbelasteter mit einer Bewährungsfrist von zwei Jahren und dem vorüberge- henden Verlust politischer Rechte wieder entlassen.⁵³

Der Leiter des Kreispropagandaamtes und Fotograf der Tübinger Chronik (und nach 1945

42 StAL: EL 902/20, Bü 89675 Walter Schneider.

43 SAT: GRP vom 23.4.1934, § 412.

44 Schönhagen 1991, S. 414, Anmerkung 492. Zu den Deutschen Christen siehe Rainer Lächele: Ein Volk, ein Reich, ein Glaube. Die „Deutschen Christen“ in Württemberg 1925–1960. Stuttgart 1994.

45 Schönhagen 1991, S. 251 ff.; Benz u.a. 1997, S. 192 ff.

46 SAT: GRP vom 15.3.1937, § 203 u. GRP vom 30.3.1937, § 238.

47 SAT: GRP vom 15.3.1937, § 203.

48 SAT: Einwohnermeldekartei Karl Sautter.

49 StAS: Wü 13 T 2 Nr. 2100/066 Eugen Schneck, Verhandlungen des Untersuchungsausschuss für die politische Säuberung Kreis Tübingen vom 16.4.1948.

50 SAT: GRP vom 25.3.1935, § 288.

51 SAT: GRP vom 9.12.1935, § 915.

52 SAT: A 150/277, GRP vom 25.4.1938, § 215.

53 StAS: Wü 13 T 2 Nr. 2100/066 Eugen Schneck, Verhandlungen des Untersuchungsausschuss für die politische Säuberung Kreis Tübingen vom 16.4.1948.

des Schwäbischen Tagblatts), der 1935 berufene Ratsherr Alfred Göhner⁵⁴, nahm 1936 Anstoß an der Geschäftsverbindung zur Firma Lindauer – der Inhaber war Jude –, deren Waagen im Freibad und Umlandbad standen.⁵⁵ Ein Jahr zuvor setzte sich Göhner für die Einrichtung einer germanischen Thing-Stätte auf dem Galgenberg bis zur Sonnenwendfeier 1936 ein, die jedoch an vordringlicheren Projekten scheiterte.⁵⁶ Göhner stieg im Juli 1936 zum Leiter des städtischen Verkehrsamts auf und konnte mit Ausnahmegenehmigung zugleich Ratsherr bleiben.⁵⁷

Walter Schurr war Ortsgruppenleiter und seit 1933 im Gemeinderat. Er war auch Richter des Kreisparteigerichts. Der Kaufmann verdrängte den Sozialdemokraten Vödich als Geschäftsführer der AOK.⁵⁸ Er machte z.B. gegen die Museumsgesellschaft Front, die wegen ihres elitären Charakters keine Volksgemeinschaftseinrichtung sei.⁵⁹ Er schied 1936 aus dem Gemeinderat aus und war Offizier bei der Wehrmacht im Osten. 1944 war er Angeklagter im Militärstrafverfahren, weil er in fahrlässiger Weise Zivilisten angeschossen hatte.⁶⁰ Von solchen Vorgängen stand freilich nichts in der Entnazifizierungsakte.⁶¹ Er wurde von der Spruchkammer als Mitläufer eingestuft, obwohl das Staatskommissariat für die politische Säuberung Schurr als minderbelastet bewertete.⁶²

Der Gärtnermeister Ernst Siess setzte sich für die Anschaffung von nationalsozialistischen Zeitschriften ein⁶³ und für einen Kindergarten der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrtspflege, weil er vermeiden wollte, dass Kinder einen konfessionellen Kindergarten besuchen.⁶⁴

Von den anderen Ratsherren ist kaum eine politische Äußerung überliefert. Sie übernahmen die ihnen von der NSDAP-Führung zugedachte Rolle dekorativer Statisten und vorgeblicher Repräsentanten der Tübinger Bevölkerung und Berufsgruppen.

Nach 1933 zogen durch das Parteigebaren auch bestimmte Formen von Korruption und

54 Alfred Göhner wurde 1907 geboren und ist 1985 verstorben. Zur Biografie und zum fotografischen Wirken siehe Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Tübinger Szenenwechsel 1950–1970. Alfred Göhner und seine Pressefotos. Tübinger Kataloge Nr. 73. Tübingen 2006.

55 SAT: GRP vom 26.10.1936, § 880.

56 SAT: GRP vom 21.10.1935, § 789.

57 SAT: GRP vom 6.7.1936, § 493.

58 Schönhagen 1991, S. 194.

59 SAT: GRP vom 17.12.1935, § 496.

60 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg: Gericht WM Ost/219. Schurr wurde von einem deutschen Militärgericht im Oktober 1944 zu sechs Monaten Haft verurteilt.

61 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 2066/159 Walter Schurr.

62 Ebd.: Schreiben des Staatskommissariats an die Spruchkammer vom 6.8.1948.

63 SAT: GRP vom 31.7.1939, § 438.

64 SAT: GRP vom 30.5.1939 § 328.

Günstlingswirtschaft ins Tübinger Rathaus ein. Die Parteigliederungen bedienten sich großzügig aus den städtischen Finanzen und an der Infrastruktur.⁶⁵ Im Fall der beiden Ratsherren Eugen Schneck und Alfred Göhner sahen das Innenministerium, die anderen Ratsherren und Oberbürgermeister Scheef keinerlei Bedenken, beide bei fortlaufender Mandatsausübung in städtische Dienste zu nehmen. Die Stelle des Stadtkämmerers wurde 1935 ohne Ausschreibung einfach mit dem Parteigenossen Seelos besetzt.⁶⁶ Den Nachfolger von Scheef, den früheren Fraktionsvorsitzenden und Beigeordneten Ernst Weinmann, füllte seine neue Rolle als Tübinger Oberbürgermeister bald nicht mehr aus. Der Sturmbannführer im Sicherheitsdienst der SS profilierte sich seit April 1941 stattdessen im völkischen Krieg in Serbien bei Umsiedlungen und Vertreibungen und war an verschiedenen Verbrechen gegen Juden, Zivilisten und Partisanen beteiligt.⁶⁷ Auch sein Stellvertreter Max Stockburger meldete sich zum Kampfeinsatz im Osten.⁶⁸ Die Aufsichtsbehörden setzten wegen Weinmanns langer Abwesenheit schließlich Ende 1942 den kommissarischen Bürgermeister Alfred Kercher ein.⁶⁹

Die Rolle des Oberbürgermeisters Adolf Scheef

Wenn man sich anhand der zahlreich vorliegenden Quellen im Stadtarchiv Tübingen mit den kommunalpolitischen Positionen und Initiativen in Adolf Scheefs⁷⁰ Amtszeit zwischen 1933 und 1939 beschäftigt, ist man überrascht, welches Ansehen Scheef bis heute noch genießt und welche Spuren in der Stadt an ihn erinnern. Die Universitätsstadt hält das Andenken an Scheef mit einer nach ihm benannten Straße und der Ehrenbürgerschaft in Ehren, obwohl der zweite Teil von Scheefs Amtsperiode deutlich zeigt, dass er ein nationalsozialistisch orientierter Oberbürgermeister ohne Parteibuch war. Der frühere Demokrat betrieb nach Kräften eine nationalsozialistische Stadtpolitik. Auf seine Initiativen hin entstanden die SA-Motorsportschule, die „Reichsbräute-“ und die „Reichssanitätsschule“, die Schwesternschule, die

65 Siehe Hinweise bei den nachfolgenden Seiten zu Oberbürgermeister Scheef.

66 SAT: A 510 Personalakte Hermann Seelos, Bl. 68.

67 Hans Joachim Lang: Ernst Weinmann: Tübinger Oberbürgermeister und Belgrader Deportationsminister. In: Benigna Schönhagen (Hrsg.): Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und Vergessen. Katalog der Ausstellung. Tübingen 1992, S. 208–220. Weinmann stellte sich den französischen Behörden und wurde 1946 an Serbien ausgeliefert. Er wurde als Kriegsverbrecher im Dezember 1946 in Belgrad zum Tode verurteilt und im Januar 1947 hingerichtet.

68 Schönhagen 1991, S. 323.

69 Ebd.

70 Der 1874 geborene Adolf Scheef stammte aus Nürtingen, er trat 1896 in den städtischen Dienst als Rathausschreiber und später als Bezirksnotar. 1927 gewann er die Tübinger Oberbürgermeisterwahl mit 60 Prozent der Stimmen. Er war bis zum offiziellen Ruhestand im März 1939 Oberbürgermeister. Er war seit 1911 führendes Parteimitglied der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei und seit 1919 bei der Deutschen Demokratischen Partei. Für die linksliberale DDP war er zwischen 1924 und 1932 im Württembergischen Landtag und dort im Fraktionsvorstand tätig. Es ist unklar, ob er in die NSDAP eintrat. Scheef starb im Januar 1944 in Tübingen. Schönhagen 1991, S. 394, Anm. 329, S. 404 f. Anm. 248.

Jugendherberge sowie Einrichtungen des Nationalsozialistischen Volkswohlfahrtverbands und mehrere Siedlungen.⁷¹ Er baute Tübingen zur „Parteistadt“ aus, wie es in den Würdigungen seiner nationalsozialistischen Nachfolger Weinmann und Kercher hieß.⁷² Die häufigen Zugriffe der Parteieinrichtungen auf städtische Finanzmittel und auf Immobilien stießen bei Scheef auf großes Wohlwollen.⁷³ Aber es waren keinesfalls nur seine städtebaulichen Ambitionen für bedeutsame nationalsozialistische Reichseinrichtungen und Scheefs große Gönnerschaft gegenüber Parteiinteressen, die seine Amtszeit prägten, sondern darüber hinaus sein unbedingter Einsatz für die nationalsozialistischen Ziele im Alltagsgeschäft. Ob die Einrichtung von Volksempfängern⁷⁴, die Abonnements des Parteiblatts *Völkischer Beobachter*⁷⁵ und die großzügige Anschaffung von Hitlers „Mein Kampf“ für Neuvermählte⁷⁶ oder das von ihm persönlich beauftragte Geschenk eines Gemäldes vom Tübinger Rathaus zum 50. Geburtstag von Hitler⁷⁷: all diese Beispiele belegen Scheefs Rolle als williger und effektiver Repräsentant des NS-Regimes. Darauf verweisen auch seine zahlreichen öffentlichen Huldigungen des Führers und der Partei sowie sein demonstratives Lob im Gemeinderat für die Annexion des Sudetenlandes im Herbst 1938 als großen außenpolitischen Erfolg Deutschlands aufgrund der „Genialität unseres Führers“.⁷⁸

Wenn Scheef lediglich eine äußere Anpassung vollzogen hätte, wäre der nationalsozialistische Gestus sicher zurückhaltender ausgefallen. Dagegen nutzte er sein Amt und seine Popularität auch für die nationalsozialistische Propaganda. Scheef bremste auch an keiner Stelle antisemitische Initiativen aus, was auf administrativem Wege durchaus möglich gewesen wäre. Im Gegenteil hatten das Freibadverbot, die Lösung aller städtischen Geschäftsverbindungen zu Firmen mit jüdischen Inhabern, die Ausgrenzung jüdischer Händler vom Wochenmarkt etc. doch seine volle Unterstützung. Beim Kauf der gemieteten Personenwaagen in den Bädern von einer jüdischen Firma schlüpfte er in der Rolle eines „Ariseurs“, indem er den Preis für die Stadt weiter drückte.⁷⁹ Die lokalen NS-Größen äußerten keinerlei Kritik an seiner Amtsführung oder Zweifel an der politischen Gesinnung des Oberbürgermeisters. Bei Amtsende im Frühjahr 1939 wurde Scheef für seine großen Verdienste um den Nationalsozialismus auf Vorschlag des Nachfolgers und späteren Kriegsverbrechers Weinmann das bis heute geltende Ehrenbürgerrecht verliehen.⁸⁰

71 Schönhausen 1991, S. 203 ff.

72 SAT: GRP vom 28.7.1939, GRP vom 14.1.1944, § 1.

73 Beispiele siehe SAT: GRP vom 5.3.1934, § 249; GRP vom 22.3.1934, § 261; GRP vom 21.10.1935, § 791; GRP vom 14.12.1935, § 924; GRP vom 3.10.1938, § 575.

74 SAT: GRP vom 1.7.1935, § 539.

75 SAT: GRP vom 14.8.1935, § 635.

76 SAT: GRP vom 15.3.1937, § 194.

77 SAT: GRP vom 13.2.1939, § 87.

78 SAT: GRP vom 10.10.1938, § 388.

79 SAT: GRP vom 7.12.1936, § 880.

80 SAT: GRP vom 31.3.1939.

Scharfe Kritik kam jedoch von seinem früheren politischen Weggefährten, dem DDP-Kommunalpolitiker Simon Hayum: „Er hat alsbald umgeschwenkt und ist ‚furchtlos und treu‘ in den Dienst der nun herrschenden Partei getreten. Ich entsinne mich meiner tiefsten Entrüstung, als ich ihn nicht lange nachher bei einem der Umzüge an einem Sonntag Vormittag Seite an Seite mit dem Ortsgruppenleiter der Nazis, dem Buchhandlungsangestellten Baumert, dem späteren Kreisleiter, im Wagen anscheinend hochbewegt durch die Strassen der Stadt fahren sah. In den folgenden Jahren bis zu seiner wegen Erreichung des vorgeschriebenen Endes seiner Amtszeit im Jahre 1939 erfolgten Abgangs von seinem Posten hat er sich dann im Amt gehalten und seine treue Gefolgschaft an Hitler und seine Partei bei allen Gelegenheiten amtlich und privat bekundet. Da er, der ein äusserst begabter, fleissiger und gewissenhafter Verwaltungsfachmann gewesen war und sich für die demokratische Partei in anscheinend unerschrockener Weise im Landtag und auch im Reichstag, vollends aber in der Partei-Agitation bis zum 30. Januar 1933 eingesetzt hatte, und zu mir in eine besonderes Vertrauensverhältnis getreten war, empfand ich diese Charakterlosigkeit in ganz besonderem Masse. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass er in der Folgezeit mir persönlich Wohlwollen zu bezeugen sich bemühte, wenn es in der Stille und unbemerkt geschehen konnte.“⁸¹

Die kommunalpolitische unerfahrene und junge Garde der NSDAP in Tübingen verfügte im Frühjahr 1933 über keine ernsthafte Alternative zu dem erfahrenen und angesehenen Verwaltungsmann.⁸² Das sehr gut funktionierende Arrangement über die Jahre hatte für beide Seiten Vorteile, weil Scheef durch seine Konzessionen und demonstrative Politik für die NS-Ziele im Amt und an der Macht bleiben konnte und Scheefs effektive Amtsführung und Popularität der Partei von großem Nutzen war. Warum sich der frühere demokratische Oberbürgermeister und DDP-Landtagsabgeordnete seit Frühjahr 1933 jedoch so rasch, entschieden und anhaltend dem Nationalsozialismus andiente, diese Umstände und die persönliche Motivation sind bis heute nicht völlig geklärt.⁸³ Diese Frage bedarf weiterer Forschungen z.B. nach biografischen Quellen. Inzwischen ist durch eine Anfrage des Stadtarchivs Heilbronn an das Tübinger Stadtarchiv wegen inhaltlicher Aspekte zu den Tagebuchnotizen des 1933 entlassenen Heilbronner Oberbürgermeisters Emil Beutinger ein weiterer interessanter Hinweis aufgetaucht. Dieser Tagebucheintrag des früheren Parteikollegen verweist darauf, dass der führende Landespolitiker Scheef sich bereits im Jahr 1932 für eine Koalition mit der NSDAP auf Landesebene einsetzte und dadurch 1933 anscheinend Oberbürgermeister bleiben konnte.⁸⁴

81 Hayum 2005, S. 162.

82 Schönhausen 1991, S. 135.

83 Ebd., S. 136.

84 SAT: ZGS 1, Adolf Scheef, Schreiben des Stadtarchivs Heilbronn vom 11.8.2011 mit Auszügen aus dem Tagebuch.

Nach diesem Kenntnisstand muss die Frage nach der Ehrenbürgerschaft von Adolf Scheef auf den Prüfstand. Die Geschichtswerkstatt plädiert angesichts der Eindeutigkeit der historischen Fakten für eine Aberkennung der Ehrenbürgerschaft. In diesem Zusammenhang ergibt sich auch die Frage nach der Umbenennung der Straße auf dem Österberg, die nach Scheef benannt ist.

5. Die politische Verfolgung von ausgeschiedenen Stadträten

Die politische Verfolgung der politischen Gegner und der „nationalsozialistisch unzuverlässigen“ Personenkreise war vielschichtig.⁸⁵ Die Bandbreite der Sanktions- und Gewaltpraxis reichte von Amtsverzicht, Drohungen, Berufsverbot bis hin zur Gewalt, Terror und KZ-Haft, Vertreibung oder Todeslager.

Im Rahmen der Eroberung der totalen Macht strebten die Nationalsozialisten frühzeitig danach, alle Opponenten und deren Institutionen und Organisationen auszuschalten bzw. zu zerschlagen oder auf Linie gleichzuschalten. Die Zerschlagung der Arbeiterbewegung und ihrer Institutionen, die massive Ausgrenzung der Juden und der Kirchenkampf gegen oppositionelle Christen waren der allgemeine Horizont, in dem sich auch die Tübinger Vorgänge von Druck, Verfolgung und Terror bewegten.⁸⁶ Der Nationalsozialismus konnte mit äußerster Brutalität bis hin zum Mord vorgehen, wenn er eine politische, soziale oder religiöse Gruppe zum politischen Feind erklärt hatte. Diese Feindbildlogik bekamen auch die Tübinger Stadträte in sehr unterschiedlichem Maße zu spüren.

Im Verhältnis zu brutalen Verfolgungsmethoden war das zwangsweise Ausscheiden aus dem Gemeinderat die leichteste Form der Verfolgung, weil ein kommunales Mandat damals ein Ehrenamt darstellte und man nicht wie beim Berufsverbot existentiell davon abhängig war. Freilich waren mit dem Mandatsverlust auch ein Verschwinden aus dem öffentlichen Leben und ein Ansehens- und Machtverlust verbunden. Einem bereits stärkeren Verfolgungsdruck waren bis maximal 1934 diejenigen ausgesetzt, die mit den Nationalsozialisten im Stadtparlament konfrontiert waren. Hier drohten nicht nur Demütigungen und spürbares negatives Klima, sondern auch schärfere Sanktionen wie Entfernung, Verhaftung und Berufsverbot, wenn sich Einzelne widersetzten. Deshalb war es erstens ein mutiger Schritt von SPD und

85 Zur politischen Verfolgung im NS siehe Benz u.a. 1997, S. 275 ff; Michael Burleigh: Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung. Frankfurt a.M. 2000, S. 187 ff., 769 ff.; Manuel Becker, Christoph Studt (Hrsg.) Der Umgang des Dritten Reichs mit den Feinden des Regimes. Berlin 2010; Schönhagen 1991, S.110 ff.

86 Schönhagen 1991, S. 110 ff. u. 251 ff.; Geschichtswerkstatt 1995, S. 99 ff.

Zentrum, überhaupt ins gleichgeschaltete Gremium zurückzukehren, und zweitens, der NSDAP-Fraktion zu widersprechen, wie die Beispiele des CSVD-Stadtrats Otto Kübler und den beiden Zentrumsparlamentariern zeigt. Einzelne Stadträte aus den demokratischen Fraktionen der Weimarer Zeit waren aufgrund der NS-Feinbildkonstruktion auch nach der Ausgrenzung aus dem Gemeinderat massiven beruflichen Benachteiligungen und alltäglichen Diskriminierungen ausgesetzt. Dies betrifft die drei Sozialdemokraten, die vorübergehend ihre Arbeitsstelle verloren, die vernichtete berufliche Existenz des jüdischen Rechtsanwalts Hayum und die Zwangsversetzung des früheren Zentrumspolitikers Josef Held. Auch waren alle mehr oder minder von Formen alltäglicher Diskriminierung wie Nichtgrüßen von Nachbarn und Kollegen bzw. Beleidigungen der Kinder in der Schule ausgesetzt. Ein weiteres Muster der Verfolgung war die scharfe sicherheitspolizeiliche Überwachung und regelmäßige Meldung mit Demütigungen und Drohungen. Davon betroffen waren Hugo Benzinger, Otto Koch und indirekter auch Arno Vödisch und Simon Hayum. Diese Kontrolle schuf ein Klima permanenter Angst.

Die härteste Stufe der Verfolgung war die Inhaftierung und Verschleppung in ein Konzentrationslager. Der kommunistische Funktionär Hugo Benzinger stand hier besonders im Fokus, er war seit April 1933 ein Jahr im KZ Heuberg inhaftiert. Simon Hayum konnte sich seiner Verhaftung im Februar 1939 nur durch rasche Flucht in die Schweiz entziehen. Nach dem Attentat auf Hitler wurden 1944 im Zuge der Aktion „Gewitter“, teilweise auch „Gitter“ genannt, wahllos zehntausende frühere Exponenten der Republikparteien verhaftet, auch wenn sie seit 1933 nicht mehr politisch in Erscheinung getreten waren.⁸⁷ Solche Aktionen gegen eine „Meuterei“ (Hitler 1942) waren lange vorbereitet. Besonders Politikern der Sozialdemokratie, der KPD und des katholischen Zentrums unterstellte das paranoide NS-Regime pauschal eine Mitverschwörung beim Attentat der Widerstandsgruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Von solchen Massenverhaftungen im August 1944 waren auch viele alte und kranke Menschen betroffen. Sie zeigten das Ausmaß der massiven Einschüchterungs- und Terrorpolitik der Nationalsozialisten und die große Nervosität des Regimes im Jahre 1944 nach dem Attentat. In Tübingen wurden Arno Vödisch von der früheren SPD und die beiden ehemaligen Zentrumsstadträte Paul Schwarz und Josef Schleicher von der Gestapo verhaftet und im Amtsgerichtsgefängnis inhaftiert. Selbst der fast 74-jährige Josef Schleicher wurde mehrere Tage verschleppt und verhört. Schwarz und Vödisch waren vier Wochen in Haft.⁸⁸ Die Unklarheit der Haftdauer, die Verhöre sowie die Unberechenbarkeit und Rück-

87 Michael Kissener: Die Aktion „Gewitter“. In: Manuel Becker, Christoph Studt (Hrsg.) *Der Umgang des Dritten Reichs mit den Feinden des Regimes*. Berlin 2010, S. 185–197; Winfried Meyer: Aktion „Gewitter“: Menschenopfer für Macht und Mythos der Gestapo. In: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.) *Häftlingengesellschaft*, Dachauer Hefte Nr. 21 November 2005, S. 3–20.

88 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 2062/005 Arno Vödisch; Wü 13 T 2, Nr. 2189/039 Paul Schwarz.

sichtslosigkeit der Verfolger erzeugten auch bei den drei ehemaligen Stadträten Angst und Schrecken. Zum Glück wurden sie innerhalb von vier Wochen wieder freigelassen und kamen nicht in ein Konzentrationslager, weil SS und NSDAP keine konkreten Hinweise gegen sie in der Hand hatten. Der frühere KPD-Mann Benzinger wurde wohl nur deswegen nicht erneut verhaftet, weil er sehr schwer erkrankt war. In der Tübinger Chronik standen zwar viele Propagandaartikel über das Attentat, die Verhaftung der drei früheren Tübinger Kommunalpolitiker wurde jedoch im Gegensatz zur großangelegten öffentlichen Schutzhaftaktion gegen die Arbeitervertreter im Frühjahr 1933 nicht erwähnt.

6. Biografien der Stadträte (ohne NSDAP-Kommunalpolitiker)

Die Biografien verweisen auf eine Bandbreite der Verhaltensmuster im Umgang mit den politischen Verhältnissen nach 1933. Sie sind hier in **alphabetischer Reihenfolge** dargestellt, diese Folge entspricht keiner Bewertung. Die Länge und Dichte der Biografien hängt mit der unterschiedlichen Quellenlage zusammen.

Hugo Benzinger

Geboren am 14. Dezember 1900 in Ludwigsburg, verheiratet, keine Kinder, evangelisch, Schneider.⁸⁹ Der Schneidermeister hatte seine Werkstatt in der Kronenstraße 10. Er war führendes Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands in Tübingen und wurde 1931 als erster und einziger Vertreter der Partei in den Gemeinderat gewählt. Seit 1925 war Benzinger in der Tübinger Arbeiterbewegung aktiv.⁹⁰ Im Gemeinderat machte Benzinger durch teilweise scharfe parteipolitische Rhetorik von sich reden, was im Gremium der Sachpolitik auf breiten Widerstand stieß.⁹¹ Als der Gemeinderat am 30. März 1933 zu seiner Auflösung zusammentrat, war Benzinger aufgrund der Anordnung des neuen nationalsozialistischen württembergischen Innenministers bereits seine Amtsausübung untersagt worden.⁹² Er war neben Hayum das erste Opfer der Gleichschaltung des kommunalpolitischen Lebens. Aufgrund der Zerschlagung der Arbeiterbewegung wurde Benzinger gleichzeitig von SA- und Polizeibehörden in Tübingen verfolgt, die beim „rühr. Funktionär“⁹³ und seiner Frau Nina eine Kontrolle ihres Postverkehrs vornahm und beide unter Druck setzte.⁹⁴ Seit Mitte März wurden Dutzende Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet und in das KZ Heuberg ver-

89 SAT: Einwohnermeldekartei Hugo Benzinger.

90 Archiv des Ludwig-Uhland-Instituts: Projekt „Arbeitertübingen“, Ordner Interviews.

91 Schönhagen 1991, S. 97.

92 SAT: GRP vom 31.3.1933.

93 SAT: A 150/4528: Liste zur KPD Tübingen.

94 Ebd.: Schreiben der Polizeidirektion Tübingen vom 11.4.1933.

schleppt, was die Nazis euphemistisch „Schutzhaft“ nannten. Auf diesen absehbaren Schritt des Regimes war Benzinger vorbereitet. „Schneidermeister Benzinger hatte sich einige Wochen seiner Verhaftung entzogen“, schreibt ein KPD-Genosse und Nachbar in seinen Erinnerungen. Darin heißt es weiter: „Meine Frau hat ihn an einem Abend begleitet in die Nauklerstraße zu einer Familie. Von dort hat er sich nach Wurmlingen abgesetzt. Nachdem Frau Benzinger angedroht wurde, daß sie für ihren Mann in Schutzhaft genommen wurde, hat er sich freiwillig gemeldet.“⁹⁵ Benzinger wurde am 23. April 1933 verhaftet und im KZ Heuberg festgehalten.⁹⁶ Auch seine Frau Nina, die selbst KPD-Mitglied war, wurde im August 1933 in „Schutzhaft“ genommen und vierzehn Tage im Amtsgerichtsgefängnis Tübingen festgehalten und verhört.⁹⁷ Hugo Benzinger kam erst nach einem Jahr krank aus der KZ-Haft zurück. Die illegale kommunistische Partei versuchte zwar 1935, über Benzinger eine antifaschistische Widerstandsgruppe aufzubauen, doch Benzinger wollte kein Risiko eingehen und überließ den Aufbau anderen Genossen.⁹⁸ Regelmäßig musste er sich bei der Polizei und seit 1936 bei der Gestapo in der Münzgasse 13 melden. Kurz nach Kriegsbeginn im Oktober 1939 wurde Benzinger in das 2. Bau-Ersatzbataillon 5 in Schwäbisch Gmünd eingezogen.⁹⁹ Nach Auskunft der Nachbarin wurde der schwächliche Regimegegner im Westen bei den Kriegsvorbereitungen gegen Frankreich gezielt bei jedem Wetter und bei strenger Arbeit eingesetzt, was ihn physisch und psychisch „arg mitgenommen“ hat.¹⁰⁰ Nach verschiedenen Lazarettaufenthalten wurde er im April 1940 aus der Wehrmacht entlassen.¹⁰¹ Der knapp 44-jährige Benzinger starb am 13. November 1944 in Tübingen an Herzschwäche, die er sich durch die anhaltenden Verfolgungsmaßnahmen zugezogen hatte.¹⁰²

Friedrich Dannenmann

Geboren am 11. Januar 1864 in Tübingen, verheiratet, drei Kinder, evangelisch, Bauwerksmeister.¹⁰³ Der Firmeninhaber eines Bauhandwerkgeschäfts wurde 1928 für die DDP in den Gemeinderat gewählt, er musste am 31. März 1933 aus dem Gemeinderat ausscheiden. Zuvor war der angesehene Bauunternehmer Dannenmann von 1912 bis 1914 und von 1919 bis 1925 im Tübinger Gemeinderat.¹⁰⁴ Dannenmann trat nicht der NSDAP bei. Der Kreisuntersu-

95 Hermann B.: Lebendige Geschichte – Tübingen von 1928 bis 1945. Im Privatbesitz von Frau M.

96 SAT: E 104/55: Liste über Schutzhäftlinge.

97 SAT: A 150/4528: Nachweisung über entlassene Schutzhaftgefangene für die Zeit vom 28.8.–10.9.1933.

98 Eidesstattliche Erklärung von Robert J. vom 2.5.1952 zur Vorlage beim Landesamt für Wiedergutmachung in Tübingen. Eine Kopie ist im Privatbesitz von Frau M.

99 Schreiben der Deutschen Dienststelle (WASSt) Berlin vom 30.01.2012 auf die Anfrage der Geschichtswerkstatt vom 30.12.2012. Über das genannte Bau-Ersatzbataillon liegen im Militärarchiv Freiburg keine Akten vor.

100 Telefongespräch mit Frau M. am 8.12.2011.

101 Schreiben der Deutschen Dienststelle (WASSt) Berlin vom 30.1.2012.

102 SAT: Einwohnermeldekartei Hugo Benzinger; Telefongespräch mit Frau M. am 8.12.2011.

103 SAT: Einwohnermeldekartei Friedrich Dannenmann, alle biografischen Daten hieraus.

104 SAT: A 200/5664, Bl. 29 f.

chungsausschuss für die freie Wirtschaft stufte den Bauunternehmer im März 1946 als politisch nicht belastet ein.¹⁰⁵ Er wurde 1952 zum Ehrenbürger der Stadt Tübingen ernannt.¹⁰⁶ Er starb am 8. November 1952 in Tübingen. Er kann als Opfer des NS gelten.

Friedrich Eppensteiner

Geboren am 29. November 1880 in Stuttgart, verheiratet, zwei Kinder, evangelisch, Dr. phil. Professor. Studienrat.¹⁰⁷ Der Lehrer für Deutsch, Geschichte und Fremdsprachen war in der Kepler-Oberrealschule (heute Kepler-Gymnasium) bis zu seinem Ruhestand 1946 tätig.¹⁰⁸ Er war Mitglied in der DDP, stellvertretender Vorsitzender der Ortsgruppe und wurde 1931 zum ersten Mal in den Gemeinderat gewählt.¹⁰⁹ Im Wahlkampf im Herbst 1931 hatten ihn die Nationalsozialisten persönlich angegriffen.¹¹⁰ Infolge der Gleichschaltung musste er 1933 aus dem Gemeinderat ausscheiden. Der berufliche Aufstieg Eppensteiners zum Oberstudiendirektor scheiterte 1933 an Beanstandungen der Nationalsozialisten.¹¹¹ Eppensteiner trat nicht in die NSDAP ein. Von Amts wegen wurde er Mitglied im NS-Lehrerbund.¹¹² Er war an der Kepler-Oberrealschule u.a. für den weltanschaulichen Unterricht zuständig.¹¹³ Im Entnazifizierungsverfahren wurden verschiedentlich Vorwürfe gegen Eppensteiner laut, weil er bei Schulfeiern nationalsozialistische Reden („Verhimmelung der Nazigrößen, vor allem des Führers“)¹¹⁴ gehalten habe. Eppensteiner hatte sich inzwischen mit dem Nationalsozialismus arrangiert. Der Entnazifizierungsausschuss Tübingen sprach sich für ein Verbleiben Eppensteiners im Amt aus, weil er „nicht Pg., ohne Belastung“ sei.¹¹⁵ Er starb am 8. April 1970 in Tübingen. Zweifelsohne ist Eppensteiner 1933 ein politisches und berufliches Opfer des Nationalsozialismus. Dennoch lassen die freiwillige Übernahme des politisch hochsensiblen weltanschaulichen Unterrichts und die von Eppensteiner selbst eingeräumten Reden erkennen, dass er in der Schule auch die NS-Ideologie an junge Menschen vermittelt hat – aus welchen Motiven und in welchem Ausmaß, bleibt hier offen. Aufgrund dieser Lehrtätigkeit nach 1933 kann er daher nicht mehr als Opfer, sondern sollte aus wissenschaftlicher Sicht als Mitläufer ohne Parteibuch eingestuft werden.

105 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 2169/003 Friedrich Dannenmann.

106 Schwäbisches Tagblatt vom 28.10.1952: „Schöne Tübinger Sitte lebt auf. Friedrich Dannenmann und Paul Löffler einstimmig zu Ehrenbürgern ernannt“.

107 SAT: Einwohnermeldekartei Friedrich Eppensteiner.

108 Schwäbisches Tagblatt vom 15.11.1946: „Drinne in der Stadt...“

109 SAT: A 200/5664, Bl. 40 f.

110 SAT: A 150/273: Flugblatt der NSDAP-Ortsgruppe Tübingen: „Demokratische Parole: Wählt Interessenhaufen!“

111 Schönhagen 1991, S. 409, Anm. 383.

112 SAT: A 588/32, Hirschauer Straße 5, Friedrich Eppensteiner.

113 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 2084/018 Friedrich Eppensteiner.

114 Ebd.: Schreiben der Kepler-Oberrealschule vom 5.9.1945, Stellungnahme zur „Einlage“ des Fragebogens Eppensteiner.

115 Ebd.: Beurteilung des Tübinger Untersuchungsausschuß vom 15.2.1946.

Paul Fischer

Geboren am 3. Februar 1872, verheiratet, ein Kind, evangelisch, Vertretungen.¹¹⁶ Der Vorsitzende des Hausbesitzervereins vertrat seit 1923 die DVP im Gemeinderat und war seit 1928 Fraktionsvorsitzender der dreiköpfigen Fraktion.¹¹⁷ Er musste 1933 aus dem Gemeinderat ausscheiden. Fischer trat nicht in die NSDAP ein. Er starb am 13. Juli 1947 in Tübingen. Er ist als Opfer ohne weitere Verfolgung einzustufen.

Walter Gmelin

Geboren am 8. März 1863 in Tuttlingen, verheiratet, evangelisch, Professor Dr.¹¹⁸ Gmelin war Oberamtstierarzt und Professor für Tiermedizin an der Universität Tübingen bis zum Ruhestand 1928. Er wurde 1925 für die deutschnationale Bürgerpartei in den Gemeinderat gewählt.¹¹⁹ 1932 schied er aus eigenem Wunsch aus dem Gremium aus. Gmelin trat nicht in die NSDAP ein. Gmelin starb am 10. November 1943 in Tübingen.

Josef Gugel

Geboren am 22. November 1872 in Tübingen, verheiratet, fünf Kinder, evangelisch, Landwirt und Weingärtner.¹²⁰ Gugel war seit 1919 für die DDP im Gemeinderat und musste 1933 ausscheiden.¹²¹ Gugel wurde kein NSDAP-Mitglied. Er starb am 20. März 1951. Er ist als Opfer ohne weitere Verfolgung einzustufen.

Simon Hayum

Geboren am 27. Januar 1867 in Hechingen, verheiratet, fünf Kinder, jüdisch, Dr., Rechtsanwalt.¹²² Hayum baute seine Rechtsanwaltskanzlei in der Uhlandstraße 15 zur größten Rechtsanwaltskanzlei in Tübingen aus.¹²³ Hayums politische Heimat war der Linksliberalismus. Er engagierte sich in der Fortschrittlichen Volkspartei und war im Kaiserreich von 1908 bis 1912 Vorsitzender des kommunalen Bürgerausschusses. In der Phase der Revolution 1918/1919 war er Vorsitzender des Tübinger Bürgerrats, der ein Gegengewicht zu den Arbeiter- und Soldatenräten darstellte. Von 1919 bis 1925 und von 1928 bis 1933 war er Stadtrat der Deutschen Demokratischen Partei und führte seit 1928 auch die sechsköpfige Fraktion an. Im Gemeinderat vertrat Hayum die Linie einer parteiunabhängigen bürgernahen Sachpolitik mit sozialliberalen Akzenten. Den drohenden Angriffen im Stadtparlament auf ihn als

116 SAT: Einwohnermeldekartei Paul Fischer.

117 SAT: A 200/5664, Bl. 37 f.

118 SAT: Einwohnermeldekartei Walter Gmelin.

119 SAT: A 200/5664, Bl. 38 f.

120 SAT: Einwohnermeldekartei Josef Gugel, alle biografischen Daten hieraus.

121 SAT: A 200/5664, Bl. 34 f.

122 SAT: Einwohnermeldekartei Simon Hayum.

123 Hayum 2005, S. 21 f. die weiteren Informationen hieraus.

jüdischen Demokraten wich er durch seinen Rücktritt Ende März 1933 aus. Die Rechtsanwaltskanzlei wurde am 1. April 1933 durch die SA boykottiert, ein schleichender Boykott folgte. 1934 bekam Hayum vom württembergischen Innenministerium Berufsverbot, 1935 war die Kanzlei, die sein Sohn und sein Neffe zunächst weiterführen durften, ruiniert. Auch kam es zu alltäglichen Diskriminierungen. Auf den Tübinger Straßen wurde der zuvor angesehene Rechtsanwalt und Kommunalpolitiker von der Bevölkerung und ehemaligen Klienten weitgehend ignoriert. Hayum und seine Frau verzichteten auf Konzert-, Restaurant- und Theaterbesuche, um Beleidigungen und Diffamierungen zu vermeiden. Nach der Pogromnacht am 10. November bekam Hayum von der Gestapo Besuch, die seine Ortsgruppenakten des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens beschlagnahmte. Hayum blieb im Visier des NS-Staates. Das Ehepaar Hayum bereitete nun die Flucht zu den Kindern in die USA vor. Zuvor mussten sie ihr Haus in der Uhlandstraße unter Wert an die Stadt Tübingen verkaufen. Anfang Februar 1939 flohen Simon und Hermine Hayum in die Schweiz, nachdem sie anscheinend von Oberbürgermeister Scheef vor der drohenden Verhaftung gewarnt worden waren.¹²⁴ Sie lebten zwei Jahre in Zürich und emigrierten 1941 in die USA. Simon Hayum starb am 13. August 1948 in Cleveland (US-Bundesstaat Ohio).¹²⁵

Heinrich Heinle

Geboren am 13. März 1894 in Dünsbach/Gerabronn, verheiratet, drei Kinder, evangelisch, Schneidermeister.¹²⁶ Heinle wurde für den pietistischen Christlich-Sozialen Volksdienst 1931 für sechs Jahre in den Gemeinderat gewählt.¹²⁷ Dort trat er nicht in Erscheinung. Im Zuge der Gleichschaltung musste er 1933 aus dem Gremium ausscheiden. Er stand zwar auf dem zweiten Platz des Wahlvorschlags des CSVD im April 1933, doch seiner Partei stand nur ein Sitz zu.¹²⁸ Heinle ist nicht in die NSDAP eingetreten. Er wurde jedoch 1933 für die Deutschen Christen in den Kirchengemeinderat gewählt.¹²⁹ Er starb am 20. April 1944 in Tübingen. Er kann wegen seines kirchenpolitischen Engagements nicht als Opfer des Nationalsozialismus gelten.

Josef Held

Geboren am 11. März 1893 in Rottenburg, verheiratet, drei Kinder, katholisch, Gewerbe-

124 Eva Maria Klein, Martin Ulmer: Geschichte einer Vertreibung. Die Familie Hayum. In: Benigna Schönhagen (Hrsg.): Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und Vergessen. Katalog der Ausstellung. Tübingen 1992, S. 121–130, hier S. 121.

125 Hayum 2005, S. 49, 194 ff.

126 SAT: Einwohnermeldekartei Heinrich Heinle.

127 SAT: A 200/5664, Bl. 40 f.

128 SAT: A 150/275, Niederschrift des Wahlvorstands über die Neubildung des Gemeinderats am 27.4.1933.

129 Schönhagen 1991, S. 414, Anm. 492.

schulrat.¹³⁰ Er war seit 1920 Lehrer an der Gewerbeschule Tübingen. Er engagierte sich als Kirchengemeinderat in der Johannes-Kirchengemeinde. Held war vor 1933 Vorsitzender der Zentrumsparterie in Tübingen. Nach der Gleichschaltung des Gemeinderats rückte er auf Platz 1 des Wahlvorschlags des Zentrums in den Gemeinderat.¹³¹ Bei der Besetzung der Ausschüsse setzte sich Held im offenen Widerspruch zur NSDAP für Sitze der demokratischen Parteien ein.¹³² Danach hielt sich Held bis zu seinem erzwungenen Rücktritt im März 1934 im Gemeinderat ganz zurück. Er trat zwangsweise 1936 in den NS-Lehrerbund ein.¹³³ Parteimitglied wurde er nicht. Im Alltag hatte die Familie mit Diskriminierungen zu kämpfen, wie die Tochter berichtet: „Unsere Familie wurde auf der Straße übersehen.“¹³⁴ Da sich Josef Held weiter für die katholische Bekenntnisschule aussprach und eine Tochter dorthin schickte, wurde er auf Druck der Tübinger Nationalsozialisten und nach einer Entscheidung des Kultministers Christian Mergenthaler 1937 nach Freudenstadt in die dortige Gewerbeschule strafversetzt.¹³⁵ Dort musste er statt Metallberufe fachfremd Holz- und Bauklassen unterrichten.¹³⁶ Die Strafversetzung, die Held als „hartes Unrecht“¹³⁷ wahrnahm, war eine der Verfolgungsmaßnahmen des nationalsozialistischen Kirchenkampfs gegen kirchliche Oppositionelle. Bis 1945 hatte Held unter dem Berufsschuldirektor, der scharfer Nationalsozialist war, immer wieder zu leiden. Sein Anschluss an katholische Kreise, die sich regelmäßig zu privaten Versammlungen trafen, half ihm jedoch über die in Tübingen und Freudenstadt erlebten Demütigungen hinweg.¹³⁸ Held gehörte 1946 zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Freudenstadt. Er erhielt 1946 die Stelle des Schuldirektors der Gewerbeschule Freudenstadt, die er bis 1948 ausübte. Der aufrechte politische Katholik und erfahrene Schulpraktiker stieg 1948 weiter beruflich auf. Er wurde ins Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern berufen und war von 1952 bis zu seiner Pensionierung 1960 im Regierungspräsidium Tübingen Leiter des Berufsschulwesens. Die politische und berufliche Erziehung der Nachkriegsjugend war ihm ein besonderes Anliegen.¹³⁹ Für seine Verdienste bekam er 1958 das Bundesverdienstkreuz. Josef Held starb am 26. September 1984 in Weingarten.¹⁴⁰ Sein Lebensmotto zierte die Todesanzeige: „Dankbar rückwärts. Mutig vorwärts. Gläubig aufwärts!“¹⁴¹

130 SAT: Einwohnermeldekartei Josef Held.

131 SAT: A 150/275, Niederschrift des Wahlvorstands über die Neubildung des Gemeinderats am 27.4.1933.

132 SAT: GRP vom 8.5.1933, § 255.

133 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 1189/015 Josef Held: Fragebogen.

134 Gespräch mit Dorothee Held am 4.2.2012.

135 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 1189/015 Josef Held: Fragebogen; SAT: GRP Gespräch mit Dorothee Held am 4.2.2012.

136 Handschriftliches Dokument, eine Fortsetzung zum Lebenslauf von Josef Held vom August 1937, im Privatbesitz von Dorothee Held.

137 Ebd.

138 Gespräch mit Dorothee Held am 4.2.2012, weitere Informationen hieraus.

139 Schwäbisches Tagblatt vom 10.3.1973: „Ein mutiger Mann. Regierungsdirektor a.D. Josef Held zum 80.Geburtstag.“

140 SAT: Einwohnermeldekartei Josef Held.

141 SAT: A 200/241, Todesanzeige.

Andreas Hipp

Geboren am 26. Dezember 1867 in Tübingen, verheiratet, eine Tochter, evangelisch.¹⁴² Der in der Unterstadt wohnende Fuhrmann betrieb zunächst einen Handel mit Lebensmitteln. Er fuhr Milch aus, als er arbeitslos war¹⁴³, seit Mai 1931 hatte er einen Baggerbetrieb am Stauwehr inne.¹⁴⁴ Der SPD-Stadtrat Hipp war von 1919 bis 1925 und ab 1928 wieder in den Gemeinderat gewählt.¹⁴⁵ Er wurde 1933 im Zuge der Gleichschaltung erneut von der SPD in den Gemeinderat entsandt; kurze Zeit später trat er geschlossen mit den anderen SPD-Stadträten zurück, nachdem die NSDAP entsprechend Druck auf die sozialdemokratische Fraktion ausgeübt und die Zusammenarbeit verweigert hatte.¹⁴⁶ Hipp wurde kein NSDAP-Mitglied. Er starb am 27. Juli 1944 in Tübingen. Er war ein Opfer des Nationalsozialismus.

Karl Jäger

Geboren am 2. Januar 1870 in Eningen, ledig, evangelisch, Rechtsanwalt.¹⁴⁷ Karl Jäger war Führungsmitglied der deutschnationalen Bürgerpartei und seit 1923 im Gemeinderat.¹⁴⁸ Er war Fraktionsvorsitzender der sechsköpfigen Bürgerpartei und stellvertretender Bürgermeister. Jäger war seit 1928 Vorsitzender der Ortsgruppe der Bürgerpartei und Vertreter des radikalen Kurses des Parteivorsitzenden Alfred Hugenberg, der seit 1929 ein Bündnis mit den Nationalsozialisten vorantrieb.¹⁴⁹ Deshalb setzte sich Jäger bei der Tübinger Gemeinderatswahl 1931 auch für gemeinsame Listenverbindung mit der NSDAP ein¹⁵⁰, was zum Erfolg der Nationalsozialisten erheblich beitrug. Trotz der antisemitischen Positionen der Deutschnationalen Bürgerpartei¹⁵¹ setzte sich Jäger wohl aus pragmatischen Gründen dafür ein, von einem förmlichen Freibadverbot für Juden abzusehen, weil davon nur „drei Töchter hiesiger jüdischer Familien“ betroffen seien.¹⁵² Nach der reichsweiten Auflösung der Deutschnationalen Volkspartei trat Jäger im Juli 1933 aus dem Stadtparlament aus. Er starb am 17. Oktober 1935 in Tübingen. Oberbürgermeister Scheef informierte den Gemeinderat über die Beileidskorrespondenz mit der Schwester von Karl Jäger.¹⁵³ Jäger war ein wichtiger lokaler Unterstützer der Nationalsozialisten gewesen und ist nicht als Opfer oder Mitläufer

142 SAT: Einwohnermeldekartei Andreas Hipp

143 Archiv des Ludwig-Uhland-Instituts: Projekt „Arbeitertübingen“, Ordner Interviews: Interview mit Ernst Schittenhelm.

144 SAT: A 582, Nr. 2714.

145 SAT: A 200/5664, Bl. 34 f.

146 SAT. GRP vom 8.5.1933, § 255.

147 SAT: Einwohnermeldekartei Karl Jäger.

148 SAT: A 200/5664, Bl. 37 f.

149 Reinhold Weber: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895–1933). Düsseldorf 2004, S.145.

150 Schönhagen 1991, S. 55.

151 Martin Ulmer: Antisemitismus in Stuttgart 1871–1933. Studien zum öffentlichen Diskurs und Alltag. Berlin 2011, S. 253 ff.; Geschichtswerkstatt 1995, S. 90 (Wahlanzeige der deutschnationalen Bürgerpartei in Tübingen von 1920).

152 SAT: GRP vom 23.5.1933, § 354.

153 SAT: A 150/274.

einzustufen.

Otto Koch

Geboren am 5. Oktober 1883 in Schwäbisch Hall, verheiratet, zwei Kinder, Verwaltungssekretär.¹⁵⁴ Otto Koch engagierte sich früh in der SPD und den Gewerkschaften, er war die wichtigste Führungspersönlichkeit in der Tübinger Arbeiterbewegung während der Weimarer Republik.¹⁵⁵ SPD-Ortsvereinsvorstand, SPD-Gemeinderat seit 1925¹⁵⁶ und Vorsitzender der Tübinger Gewerkschaften von 1925 bis 1932. Dort war ihm ein breites Bündnis von sozialdemokratisch und kommunistisch orientierten Arbeitern gegen Sozialabbau und Nazismus wichtig, während er eine permanente Zusammenarbeit von SPD und KPD ablehnte.¹⁵⁷ Im Gemeinderat setzte sich Koch neben der Sozialpolitik und städtischen Arbeitsbeschaffungspolitik in der Weltwirtschaftskrise vor allem für eine parteiunabhängige Zusammenarbeit ein.¹⁵⁸ Er war auch Vorsitzender der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion. Anfang 1933 trat Koch von allen Gewerkschaftsämtern zurück und er musste am 31. März aus dem Gemeinderat ausscheiden. Auf dem SPD-Wahlvorschlag nach der Gleichschaltung tauchte Kochs Name nicht mehr auf.¹⁵⁹ Koch war in der Republik ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten und der national-völkischen Bewegung. Maßgeblich setzte sich der Gewerkschaftschef bei der Auseinandersetzung um den Auftritt des jüdischen Pazifisten und Mathematikers Emil Julius Gumbel in Tübingen im Juli 1925 dafür ein, dass die Veranstaltung unter dem Dach der Gewerkschaft stattfinden konnte.¹⁶⁰ Der Konflikt um den Auftritt Gumbels und um die Republik endeten in der Lustnauer Schlacht, in der zahlreiche völkische Studenten eine gewaltsame Auseinandersetzung im Arbeiterdorf Lustnau mit vielen Verletzten provozierten.¹⁶¹ Auch kämpfte der gute Redner Koch bei vielen Gelegenheiten gegen die Nationalsozialisten, so 1932 bei einer Kundgebung beim Sportplatz.¹⁶² Nach dem Rücktritt von allen politischen und gewerkschaftlichen Ämtern 1933 geriet Koch sofort ins Visier der einsetzenden NS-Verfolgung. Laut Auskunft der Tochter wurde er kurz nach der Machtübernahme von der SA zuhause abgeholt, mit Stöcken geschlagen und um den Marktplatzbrunnen herumgetrieben. Er musste sich danach jede Woche auf dem Rathaus melden

154 SAT: Einwohnermeldekartei Otto Koch.

155 DGB Tübingen 1981, S. 152.

156 SAT: A 200/5664, Bl. 38 f.

157 Archiv des Ludwig-Uhland-Instituts: Projekt „Arbeitertübingen“, Ordner H: 1913–1927 SPD-Tübingen Protokollbuch 7.3.1926; Ordner K: 1919–1933 Gewerkschaften: Protokollbuch Vereinigte Gewerkschaften vom 25.6.1932.

158 DGB Tübingen 1981, S. 192 ff.; Telefongespräch mit Marianne Koch am 5.3.2012.

159 SAT: A 150/275, Niederschrift des Wahlvorstands über die Neubildung des Gemeinderats am 27.4.1933.

160 DGB Tübingen 1981, S. 163 ff.

161 SAT: E 10/N 146/3. In dem Nachlass von Otto Koch ist die Lustnauer Schlacht von 1925 durch zahlreiche Artikel aus verschiedenen Presseorganen ausführlich dokumentiert.

162 Telefongespräch mit Marianne Koch am 5.3.2012.

und wurde gezwungen, mit „Heil Hitler“ geradezustehen.¹⁶³ Der Kreisleiter Helmut Baumert „triebte“ ihn besonders. Zur weiteren Einschüchterung wurde er 1933 bei der AOK entlassen und etwa ein Jahr später als einfacher Sekretär wieder eingestellt. Am 19. Juni 1937 beantragte Otto Koch seine Mitgliedschaft in der NSDAP und wurde rückwirkend zum 1. Mai 1937 aufgenommen.¹⁶⁴ Die hohe Mitgliedsnummer verweist auf das Massenphänomen im Jahre 1937, der zweiten großen Eintrittswelle nach dem Aufnahmestopp von Sommer 1933 bis Frühjahr 1937.¹⁶⁵ Seine Tochter äußert sich über diesen Schritt: „Er hatte einfach genug gehabt – er war nicht kämpferisch genug, denn es waren nicht alle Helden.“¹⁶⁶ Die Enkelin erklärt den Parteibeitritt mit der Notlage des Verfolgungsdrucks, damit der Sohn Fritz weiter studieren konnte und die Familie nicht brotlos wurde.¹⁶⁷ Danach wurde der gebrochene Mann von den Tübinger Nationalsozialisten und der Gestapo nicht mehr behelligt. Im Gegensatz zu anderen prominenten Gemeinderäten von SPD und Zentrum wurde er beispielsweise 1944 im Zuge der Aktion „Gewitter“ nicht verhaftet. Die Nationalsozialisten hatten mit der Parteimitgliedschaft des wichtigsten früheren Arbeiterfunktionärs jedoch einen lokalen propagandistischen Erfolg erzielt, der auf das Arbeitermilieu ausstrahlen konnte. Koch starb am 17. Dezember 1944 in Tübingen an Krebs. Die Parteimitgliedschaft wurde Koch durch jahrelangen Druck und Demütigungen aufgezwungen, ein Mittel, um exponierte politische Gegner zu brechen und propagandistische Zeichen zu setzen. Aus der NSDAP-Mitgliedschaft hat Koch keine besonderen Vorteile gezogen; darüber hinaus gibt es keine Belege für einen Einsatz zugunsten des Nationalsozialismus nach 1937. Andererseits existieren auch Beispiele für Standhaftigkeit, wie Hugo Benzinger und Arno Vödisch. Die nachvollziehbaren Gründe für seine persönlich und familiär bedingte Befreiung aus einer massiven Verfolgungssituation legen jedoch den Schluss nahe, dass Koch trotz äußerer Anpassung ein Opfer der Nationalsozialisten geblieben ist.

Eugen Köhler

Geboren am 10. Juli 1878 in Oberkirchberg (Kreis Laupheim), verheiratet, vier Kinder, katholisch, Verwaltungsobersekretär.¹⁶⁸ Köhler war Mitglied der Zentrumspartei und seit 1926 im Gemeinderat.¹⁶⁹ Er musste 1933 ausscheiden und war Ersatzkandidat auf Platz 4 des Wahlvorschlags des Zentrums.¹⁷⁰ Köhler starb am 15. Dezember 1942 in Tübingen. Er ist ein

163 Ebd., die weiteren Informationen und das nächste Zitat hieraus.

164 Bundesarchiv Berlin: BDC MFOK L0019, Otto Koch hatte die Mitgliedsnummer 4573444.

165 Wolfgang Benz: Wie wurde man Parteimitglied? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Frankfurt a.M. 2009. Die NSDAP hatte über 8 Millionen Mitglieder, was einen Anteil von 15 % an der deutschen Bevölkerung entsprach.

166 Telefongespräch mit Marianne Koch am 5.3.2012.

167 Gespräch mit Frau Bausch am 29.2.2012.

168 SAT: Einwohnermeldekartei Eugen Köhler.

169 SAT: A 200/5664, Bl. 38 f.

170 SAT: A 150/275, Niederschrift des Wahlvorstands über die Neubildung des Gemeinderats am 27.4.1933.

Opfer des Nationalsozialismus.

Ludwig von Köhler

Geboren am 20. Oktober 1868 in Ebersfeld, verheiratet, ein Kind, evangelisch, Staatsminister a.D., Universitätsprofessor.¹⁷¹ Das DVP-Mitglied wurde 1928 für sechs Jahre in den Gemeinderat gewählt, er musste 1933 ausscheiden.¹⁷² Er war der letzte Innenminister des Königreichs Württemberg. Der Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Tübingen gab 1933 die Ehrenämter beim Deutschen Hochschulverband und bei der Notgemeinschaft für die Deutsche Universität zurück.¹⁷³ Allerdings hatte der damalige Universitätsrektor Köhler 1925 eine Mitverantwortung an der Eskalation der „Lustnauer Schlacht“, weil er den Auftritt des jüdischen Pazifisten und Mathematikers der Universität Heidelberg Emil Julius Gumbel an der Universität Tübingen verboten hatte und damit für die antidemokratische Haltung der völkischen Studenten Verständnis zeigte.¹⁷⁴ Köhler wurde 1936 emeritiert, er trat nicht in die NSDAP ein. Er starb am 26. September 1953 in Ludwigsburg. Trotz dieser bedenklichen Position in den 1920er Jahre kann Köhler wegen der politischen Ausgrenzung 1933 als ein Opfer des Nationalsozialismus gelten.

Zacharias Krauß

Geboren am 23. Februar 1876, verheiratet, vier Kinder, evangelisch, Weingärtner.¹⁷⁵ Krauß repräsentierte als klassische Figur des Weingärtners das Tübinger Unterstadtmilieu.¹⁷⁶ In der Fraktion der deutschnationalen Bürgerpartei, für die er seit 1923 in den Gemeinderat gewählt wurde,¹⁷⁷ vertrat er besonders die Unterstadt und die Landwirtschaft. Diese berufs- und milieuspezifisch bedeutsame Position und sein Ansehen sicherten Krauß weit über 1933 hinaus sein Gemeinderatsmandat. Im Zuge der Gleichschaltung stand Krauß auf der Vorschlagsliste der Deutschnationalen auf dem zweiten Platz.¹⁷⁸ Nach dem Zerfall der deutschnationalen Fraktion übernahm die NSDAP-Fraktion im Oktober 1933 Krauß und seinen Kollegen See-los als Hospitanten in deren Fraktion.¹⁷⁹ Nach bisherigen Erkenntnissen trat Krauß nicht in

171 SAT: Einwohnermeldekartei Ludwig von Köhler.

172 SAT: A 200/5664, Bl. 39 f.

173 Schönhagen 1991, S. 160.

174 DGB Tübingen 1981, S. 163.

175 SAT: Meldekartei Zacharias Krauß.

176 Das andere Tübingen. Kultur und Lebensweise der Unteren Stadt im 19. Jahrhundert.

Herausgegeben vom Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft. Tübingen 1978.

Dort ist ein Gruppenfoto mit Zacharias Krauß und Familienangehörigen abgebildet, S. 373.

177 SAT: A 200/5664, Bl. 36 f.

178 SAT: A 150/275, Niederschrift des Wahlvorstands über die Neubildung des Gemeinderats am 27.4.1933.

179 SAT: GRP vom 19.10.1933, § 717.

die Partei ein.¹⁸⁰ Er bewegte sich seit 1933 als ernannter Ortsbauernführer¹⁸¹ und als Kirchengemeinderat der Deutschen Christen¹⁸² jedoch im Umfeld der neuen Machthaber. Allem Anschein akzeptierte die NSDAP die Vorteile seiner Sonderrolle einer Interessenvertretung der Unterstadt, unter denen die NSDAP nur eine begrenzte Anhängerschaft hatte. Hinzu kam die Tatsache, dass sich Krauß bis zu seinem gesundheitsbedingten Ausscheiden aus dem Gemeinderat im Jahre 1939¹⁸³ auf konkrete, kleine und unpolitische Anliegen konzentrierte und der Staatspartei damit keine Schwierigkeiten bereitete. Krauß starb am 13. Dezember 1948 in Tübingen. Er ist als Mitläufer und Profiteur des Nationalsozialismus zu werten.

Otto Kübler

Geboren am 5. Juni 1874 in Hoheneck bei Ludwigsburg, verheiratet, vier Kinder, evangelisch, Missionskaufmann.¹⁸⁴ Kübler rückte 1932 für Otto Mühlich in den Gemeinderat nach¹⁸⁵ und hatte nach der Gleichschaltung den einzigen Sitz des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD) inne. Er trat im Juli 1933 aufgrund des Parteienverbots und des internen Drucks in dem Gremium vom Mandat zurück. Zuvor hatte er sich im Gemeinderat für die weitere kommunale Zusammenarbeit mit dem zum evangelischen Glauben konvertierten Hugo Löwenstein ausgesprochen, der jüdischer Herkunft war.¹⁸⁶ Dieser mutige Einsatz führte wohl zu entsprechendem Druck seitens der Nationalsozialisten (siehe 4. Kapitel). Kübler wurde nicht Mitglied der NSDAP.¹⁸⁷ Kübler ist 1933 zum Kirchengemeinderat der Deutschen Christen gewählt worden, einer völkischen Strömung in der evangelischen Kirche, die Christentum mit dem Nationalsozialismus verschmolz.¹⁸⁸ Er starb am 11. Dezember 1959 in Tübingen. Trotz seines kirchenpolitischen Engagements im Sinne der Partei kann Otto Kübler durch die Vorgänge 1933 als Opfer des Nationalsozialismus gelten.

Johannes Kürner

Geboren am 6. April 1890 in Tübingen, verheiratet, vier Kinder, evangelisch, Maschinen- und Schriftsetzer.¹⁸⁹ Der Sozialdemokrat und Gewerkschafter war in der Weimarer Republik eine Führungsfigur in der Tübinger Arbeiterbewegung: Er war Vorsitzender der Naturfreunde, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitergesangvereins „Frohsinn“ und Vorstand des re-

180 SAT: A 588/217, Mordiogasse 5, Zacharias Krauß. Dies beruht auf eigenen Angaben von Krauß. Auch in der Zentralkartei des Document Centers im Bundesarchiv Berlin sowie beim Bestand der Spruchkammerakten im Staatsarchiv Sigmaringen gibt es keine Hinweise auf Zacharias Krauß.

181 Schönhausen 1991, S. 140.

182 Ebd., S. 414, Anm. 492.

183 SAT: GRP vom 30.5.1939, § 304. Bürgermeister Dr. Weinmann dankte Krauß für dessen „treue Mitarbeit“.

184 SAT: Einwohnermeldekartei Otto Kübler, die weiteren biografischen Daten hieraus.

185 SAT: A 200/5664, Bl. 41 f.

186 SAT: GRP vom 12.6.1933, § 410.

187 SAT: A 588, Bü 127 Waldhäuserstr. 107, 23, Otto Kübler.

188 Schönhausen 1991, S. 414, Anmerkung 492. Lächele 1994.

189 SAT: Einwohnermeldekartei Johannes Kürner.

publikanischen Reichsbanners.¹⁹⁰ Außerdem war er Betriebsratsvorsitzender bei der früheren Buchdruckerei Laupp. Nach der Gleichschaltung des Gemeinderats kam Kürner auf der SPD-Liste in den Gemeinderat. Die SPD-Gemeinderäte traten einen Monat später zurück, nachdem die NSDAP die Zusammenarbeit prinzipiell verweigerte. Der kriegsversehrte Kürner wurde 1933 von der Firma Laupp entlassen. Er erhielt durch die Vermittlung der Tübinger Kreisfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte bei der Druckerei Bechtle in Esslingen 1934 wieder Arbeit als Schriftsetzer.¹⁹¹ Kürner trat 1936 freiwillig in die Deutsche Arbeitsfront ein und übernahm das Amt des Fachgruppenwalters. Außerdem engagierte er sich seit 1936 als Blockwart und Untergruppenführer im Luftschutzdienst.¹⁹² Am 1. September 1939, dem Kriegsbeginn, stellte Kürner den Aufnahmeantrag in die NSDAP.¹⁹³ Nach Ermittlungen der Spruchkammer Esslingen wurde Kürner als Nationalsozialist charakterisiert, der gerne Uniform trug, um sich aufzuspielen.¹⁹⁴ Kürner stufte sich im Fragebogen zur Entnazifizierung selbst als Mitläufer ein.¹⁹⁵ Im Spruchkammerurteil von 1947 wurde er als Mitläufer eingestuft ohne weitere Maßnahmen, weil er unter die Weihnachtsamnestie fiel.¹⁹⁶ Aufgrund seines politischen Richtungswechsels seit 1936 und seines freiwilligen Antrags auf Parteimitgliedschaft am symbolträchtigen Tag des Überfalls auf Polen ist das Selbstbild Kürners als Mitläufer des Nationalsozialismus realistisch.

Elisabeth Landerer

Geboren am 31. Dezember 1876 in Tübingen, ledig, ohne Beruf, evangelisch.¹⁹⁷ Sie war die Tochter des Sanitätsarztes Rudolf Landerer, der im Tübinger Spital Mediziner war.¹⁹⁸ Sie war die erste Frau im Tübinger Gemeinderat. Nach der Einführung des Frauenwahlrechts in der Weimarer Republik wurde Landerer am 8. Mai 1919 auf der Liste der deutschnationalen Bürgerpartei für sechs Jahre in das Tübinger Stadtparlament gewählt und im Dezember 1931 erneut für sechs Jahre.¹⁹⁹ Nach der Auflösung des Gemeinderats im Zuge der Gleichschaltung kam sie durch einen hinteren Listenplatz bei der deutschnationalen Kampffront Schwarz-Weiß-Rot nicht mehr zum Zuge.²⁰⁰ Sie war pietistisch geprägt und engagierte sich

190 SPD-Ortsverein Tübingen (Hrsg.): „Proletarier und Akademiker“- die Geschichte eines nicht ganz gewöhnlichen Ortsvereins. 130 Jahre SPD-Ortsverein Tübingen. Tübingen 2005, S. 58.

191 StAL: EL 902/6, Bü 12631 Johannes Kürner: Schreiben von Kürner an die Spruchkammer Esslingen vom 19.7.1947.

192 Ebd.

193 Bundesarchiv Berlin: BDC 32 MFOK M0041, Johannes Kürner, Mitgliedsnummer 7239749.

194 StAL: EL 902/6, Bü 12631 Johannes Kürner: Spruchkammer Esslingen, Auskunftserteilung – Information vom 23.1.1947.

195 Ebd.: Meldebogen ausgefüllt von Johannes Kürner.

196 Ebd.: Spruch der Spruchkammer Esslingen vom 31.10.1947.

197 SAT: Einwohnermeldekartei Elisabeth Landerer. Die weiteren biografischen Daten hieraus.

198 SAT: ZGS 1 Landerer; Udo Rauch (Hrsg.): Vom Spital zum Bürgerheim. Eine Festschrift der Altenhilfe Tübingen zur Wiedereröffnung des Bürgerheims im Mai 1999. Tübingen 1999, S. 32 f.

199 SAT: ZGS 1 Landerer, Elisabeth Landerer, erste Tübinger Gemeinderätin (Praktikumstext von Hannah Haumann).

200 SAT: A 150/275.

im Gemeinderat vor allem für Sozialpolitik und für das Neckarfreibad. Ihre Rolle im Ortschaftsrat der Frauenarbeitsschule behielt sie nach 1933 inne, jedoch nur noch mit beratender Stimme. Sie wurde kein Mitglied der NSDAP. Seit 1936 lebte sie in der Herrenhuter Brüdergemeinde in Königfeld/Schwarzwald. Sie starb am 18. März 1950. Sie ist ein Opfer des Nationalsozialismus und war von weiteren Verfolgungsmaßnahmen nicht betroffen.

Karl Lemberger

Geboren am 3. März 1869 in Tübingen, verheiratet, vier Kinder, evangelisch, Bäckermeister.²⁰¹ Lemberger war seit 1925 als Stadtrat der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) im Gemeinderat.²⁰² Er musste im Zuge der Gleichschaltung 1933 ausscheiden. Lemberger wurde kein Parteimitglied. Er starb am 10. März 1934 in Tübingen. Er ist als Opfer einzustufen.

Paul Löffler

Geboren am 21. Juni 1875 in Tübingen, verheiratet, ein Kind, evangelisch, Reichsbahnoberssekretär a.D.²⁰³ Löffler wurde 1931 auf der Liste der DDP für sechs Jahre gewählt.²⁰⁴ Er musste 1933 aus dem Gremium ausscheiden. Er trat der NSDAP nicht bei. Der Heimatforscher und Heimatdichter blieb in der NS-Zeit populär und ließ sich vom Kreisleiter Hans Rauschnabel zum Tübinger Heimatlied inspirieren.²⁰⁵ Das 1941 verfasste Lied „Mein Tübingen“ endete mit dem Refrain: „Und als Wahlspruch über allem: Heimat, Volk und Vaterland.“²⁰⁶ Löffler war Mitläufer ohne Parteiämter. Für seine Verdienste in der Heimat- und Archivpflege verlieh ihm der Gemeinderat im Jahr 1952 die Ehrenbürgerschaft.²⁰⁷ Er starb am 13. September 1955 in Tübingen.

Otto Mühlich

Geboren am 23. Mai 1895 in Hoheneck bei Ludwigsburg, verheiratet, sechs Kinder, evangelisch, Obersekretär bei der Reichsbahn.²⁰⁸ Der 1928 gewählte Stadtrat des Christlich-Sozialen Volksdienstes war Fraktionsvorsitzender, schied jedoch auf eigenen Wunsch im Mai 1932 aus dem Gemeinderat aus.²⁰⁹ Der aus der christlichen Jugendbewegung kommende Mühlich

201 SAT: Einwohnermeldekartei Karl Lemberger. Die weiteren biografischen Daten hieraus.

202 SAT: A 200/5664, Bl. 39 f.

203 SAT: Einwohnermeldekartei Paul Löffler. Die weiteren biografischen Daten hieraus.

204 SAT: A 200/5664, Bl. 40 f.

205 SAT: GRP vom 30.12.1938, § 795.

206 SAT: ZGS 1 Löffler, Paul, darin: „Mein Tübingen. Gedicht v. Paul Löffler. Mel. u. Satz f. Männerchor von P. Haarer“.

207 Schwäbisches Tagblatt vom 14.9.1955: „Paul Löffler +“.

208 SAT: A 588, Bü 104 Otto Mühlich.

209 SAT: GRP vom 9.5.1932, § 311. Sein Nachrücker war der Kaufmann Otto Kübler; A 200/5664, Bl. 39 f.

engagierte sich als Korrektor beim Blauen Kreuz.²¹⁰ Er wurde am 1. Mai 1937 NSDAP-Mitglied.²¹¹ Als Vertrauensmann des Reichsbundes Deutscher Beamter hielt er bei der Reichsbahn monatliche Vorlesungen im parteioffiziellen Sinne.²¹² 1945 wurde er fristlos entlassen. Der Kreisuntersuchungsausschuss sah im Juni 1947 Mühlich zwar als nominell belastet an, verzichtete wegen der Kriegsbeschädigung aus dem Ersten Weltkrieg jedoch auf Sanktionen.²¹³ Mühlich ist als kleiner Parteigenosse mit propagandistischen Aufgaben einzustufen.

Heinrich Rück

Geboren am 27. März 1859 in Landsiedel bei Gerabronn, verheiratet, evangelisch.²¹⁴ Der Leiter des Universitätskassenamtes war von 1923 bis 1928 und als Nachrücker von 1930 bis 1933 Stadtrat der Gemeinderatsfraktion der deutschnationalen Bürgerpartei.²¹⁵ Aufgrund des zwangsweisen Ausscheidens schrieb er einen offiziellen Abschiedsbrief an Oberbürgermeister Adolf Scheef, in dem er vor allem dem Stadtoberhaupt dankte und bedauerte, dass er „nicht mehr das Recht habe, im neuen Kollegium, dem ich nicht mehr angehöre, um das Wort zu bitten.“²¹⁶ Er trat nicht in die NSDAP ein.²¹⁷ Im Entnazifizierungsverfahren wurde Rück 1947 ohne Strafmahnen eingestuft, weil er kein Parteigenosse gewesen ist.²¹⁸ Sein Todesdatum ist unbekannt. Er ist als Opfer der NS-Gleichschaltung einzustufen.

Josef Schleicher

Geboren am 29. August 1871 in Treffelhausen (Oberamt Geislingen), verheiratet, zwei Kinder, katholisch.²¹⁹ Der auf der Schwäbischen Alb aufgewachsene Lehrer wohnte seit 1910 in Tübingen. Schleicher war Oberlehrer bis zu seinem Ruhestand 1935. Schleicher war seit 1918 Stadtrat der katholischen Zentrumspartei und bis zur Gleichschaltung 1933 Fraktionsvorsitzender.²²⁰ Er trat nicht in die NSDAP ein. Aufgrund seiner früheren lokalen Führungsposition im demokratischen Zentrum wurde Schleicher in Zuge der Aktion „Gewitter“ (bzw. „Gitter“) nach dem Attentat auf Hitler mehrere Tage im Gerichtsgefängnis Tübingen festgehalten (siehe 5. Kapitel). Diese Verfolgung traf den bald 73-jährigen Ruheständler und politisch inaktiven Schleicher über zehn Jahre nach der Ausgrenzung aus dem Tübinger Gemein-

210 Schönhagen 1991, S. 94.

211 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 2190/056, Otto Mühlich: Fragebogen Mitgliedsnummer 5456619.

212 Ebd.

213 Ebd., Kreis-Untersuchungsausschuss freie Wirtschaft Tübingen, Auszug aus dem Sitzungsprotokoll vom 4.6.1947.

214 SAT: A 588, Bü 286, Kelternstr. 28, Heinrich Rück.

215 SAT: A 200, Nr. 286 sowie A 200/5664, Bl. 38.

216 SAT: A 150/49: Ein Abschiedsbrief.

217 SAT: A 588, Bü 286, Kelternstr. 28, Heinrich Rück.

218 StAS: Wü 13 T 2 Nr. 2094/240, Heinrich Rück.

219 SAT: Einwohnermeldekartei Josef Schleicher.

220 SAT: A 200/5664, Bl. 35 f.

derat völlig unerwartet und hart.²²¹ Nach einigen Tagen kam er frei, weil die Gestapo nichts gegen ihn in der Hand hatte. Er starb am 14. Oktober 1945 in Tübingen. Schleicher ist ein politischer Verfolgter des NS-Regimes.

Jakob Schneider

Geboren am 22. November 1868 in Eyach bei Horb, verheiratet, vier Kinder, evangelisch, Güterbeförderer.²²² Jakob Schneider war nach dem freiwilligen Ausscheiden von Prof. Dr. Walter Gmelin 1932 sein Nachrücker auf der deutschnationalen Wahlliste. Er musste mit der Auflösung des Gemeinderats Ende März 1933 aus dem Stadtparlament ausscheiden. Schneider trat nicht in die NSDAP ein. Er starb am 31. Oktober 1953 in Tübingen.

Otto Schott

Geboren am 2. März 1885 in Tübingen, verheiratet, zwei Kinder, evangelisch, Uhrmachermeister.²²³ Der Uhrmacher führte in der Langen Gasse 36 das Uhrengeschäft im Familienbetrieb.²²⁴ Schott wurde 1928 als DDP-Stadtrat für sechs Jahre gewählt, er musste 1933 aus dem Kommunalparlament ausscheiden.²²⁵ Schott war kein Parteimitglied, sondern lediglich in der Deutschen Arbeitsfront.²²⁶ Er starb am 28. März 1950 in Tübingen. Schott ist als Opfer einzustufen.

Paul Schwarz

Geboren am 13. Januar 1877 in Irslingen bei Rottweil, verheiratet, fünf Kinder, katholisch, Kaufmann.²²⁷ Er war seit 1904 Inhaber einer expandierenden Lebensmittelhandlung in der Hirschgasse.²²⁸ Der angesehene Kaufmann engagierte sich in verschiedenen Vereinen, er war in der Johannes-Kirchengemeinde aktiv und übte das Amt des Schöffengerichters am Amts- und Landgericht Tübingen aus. Der Zentrumspolitiker gehörte dem Gemeinderat vom 1919 bis 1934 an.²²⁹ Nach der Gleichschaltung stand er auf Platz 2 des Wahlvorschlags des Zentrums.²³⁰ Als die Ausschüsse am 8. Mai 1933 zu besetzen waren und die NSDAP sich strikt weigerte, anteilmäßig die Sitze unter den Fraktionen aufzuteilen, stieß dies auf Ablehnung von Schwarz und Held. Schwarz konnte einen Zentrumsitz im wichtigsten Finanz- und Bau-

221 Schwäbisches Tagblatt vom 16.10.1945: „Oberlehrer Schleicher +“.

222 SAT: Einwohnermeldekartei Jakob Schneider.

223 SAT: Einwohnermeldekartei Otto Schott.

224 Tübinger Blätter 1979, S. 100 f.

225 SAT: A 200/5664, Bl. 39 f.

226 SAT: A 588, Bü 13, Lange Gasse 36, Otto Schott.

227 SAT: Einwohnermeldekartei Paul Schwarz.

228 SAT: A 200/15/20.

229 SAT: A 200/5664, Bl. 34 f.

230 SAT: A 150/275, Niederschrift des Wahlvorstands über die Neubildung des Gemeinderats am 27.4.1933.

ausschuss durchsetzen.²³¹ Nach dem erzwungenen Rücktritt der beiden Zentrumsgemeinderäte Schwarz und Held im März 1934, hielt sich Schwarz aus der Politik ganz heraus. Er war jedoch im Sängerkranz Harmonie tätig und blieb auch zweiter Vorstand der Volksbank Tübingen.²³² Schwarz trat nicht in die NSDAP ein. Der 67-jährige frühere Zentrumspolitiker wurde im August 1944 infolge der Aktion „Gewitter“ (bzw. „Gitter“) im Tübinger Amtsgerichtsgefängnis inhaftiert (siehe 5. Kapitel).²³³ Er war 1945 in der Demokratischen Vereinigung aktiv²³⁴, und wurde von der Militärregierung zum Stadtbeirat ernannt. 1946 wurde Schwarz auf der Liste der CDU in den Gemeinderat gewählt.²³⁵ Diesem gehörte er bis 1953 an und diente auch vier Jahre als erster Beigeordneter von 1946 bis 1950. Nicht zuletzt auf Initiative des Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger wurde ihm 1962 das Bundesverdienstkreuz verliehen.²³⁶ Zwei Jahre später erhielt er die Bürgermedaille. Bei den verschiedenen Tagblatt-Berichten über den Jubilar (Verdienstkreuz, 90. Geburtstag) ist lediglich einmal kurz nach dem Ende des Nationalsozialismus im Jahr 1947 erwähnt, dass er politischer Verfolgter des NS-Regimes war.²³⁷ Schwarz starb am 6. April 1968 in Tübingen.

Hermann Seelos

Geboren am 18. Juli 1887 in Tübingen, ledig, evangelisch. Ratsschreiber und Stadtkämmerer.²³⁸ Seelos trat 1910 seinen Dienst in der Tübinger Stadtverwaltung an.²³⁹ Er wurde Steueratsschreiber. Das deutschnationale Parteimitglied wurde 1931 in den Tübinger Gemeinderat gewählt, obwohl er in der Stadtverwaltung tätig war, was damals schon dem demokratischen Stil der Gewaltenteilung widersprach. Er befand sich nach der Gleichschaltung des Gemeinderats auf Platz drei des deutschnationalen Wahlvorschlags und war somit im neuen Gemeinderat vertreten. Wenige Tage später trat Seelos in die NSDAP ein.²⁴⁰ Damit beschleunigte der karrierebewusste Seelos den Zerfall der deutschnationalen Fraktion, die mit dem Rücktritt des Fraktionsvorsitzenden Karl Jäger im Juli 1933 aufgelöst wurde. Im Oktober 1933 übernahm die NSDAP ihr neues Parteimitglied als Hospitanten in ihre Fraktion. Der Fachmann für Kommunal финанzen war für die NSDAP, die kaum über Verwaltungsexperten verfügte, unentbehrlich und Seelos diente sich auch aus Überzeugung den neuen Machthabern an. Er

231 SAT: GRP vom 8.5.1933, § 255.

232 SAT: A 200/15/20.

233 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 2514 Paul Schwarz: Fragebogen.

234 Michaela Häffner: Die Demokratische Vereinigung 1945–1946. Eine Studie zur Nachkriegsgeschichte am Beispiel Tübingen. Kleine Tübinger Schriften Heft 20. Tübingen 1997, S. 28.

235 Schwäbisches Tagblatt vom 17.9.1946.

236 Schwäbisches Tagblatt vom 3.7.1962: „Der Bundespräsident dankt. Paul Schwarz mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.“

237 Schwäbisches Tagblatt vom 14.1.1947: „Kaufmann Paul Schwarz 70 Jahre alt.“

238 SAT: Einwohnermeldekartei Hermann Seelos.

239 SAT: A 510 Personalakte Hermann Seelos.

240 BAB: PK-L203 Hermann Seelos.

wurde z.B. bereits 1933 förderndes Mitglied der SS.²⁴¹ 1935 beförderten der württembergische Reichsstatthalter Wilhelm Murr und die Tübinger NSDAP Hermann Seelos zum zweiten hauptamtlichen Beigeordneten für Finanz- und Vermögensverwaltung (Stadtkämmerer). Sein Förderer Murr sorgte auch dafür, dass die Stelle des hauptamtlichen Beigeordneten nicht ausgeschrieben wurde, so dass Seelos der einzige Bewerber für das gutdotierte Amt blieb.²⁴² Seelos hielt sich politisch zwar im Hintergrund, aber er sorgte durch seine kommunalpolitische Stellung und administrativen Fähigkeiten für die personelle Kontinuität und das Funktionieren der Verwaltung in der NS-Zeit. Er war die rechte Hand von Oberbürgermeister Scheef und arbeitete eng und konfliktfrei mit dem anderen Beigeordneten und späteren Oberbürgermeister Weinmann zusammen. Mit dem führenden NSDAP-Kommunalpolitiker Weinmann verband ihn eine enge Freundschaft.²⁴³ Konflikte traten erst auf, als der kommissarische Bürgermeister Kercher Ende 1942 das Oberbürgermeisteramt übernahm und Vorgesetzter von Seelos wurde. Die Auseinandersetzungen hatten wohl persönliche Gründe, zumal Seelos durch häufige Erkrankungen an Leistungskraft einbüßte.²⁴⁴ Vorsorglich beantragte Seelos nach dem Einmarsch der französischen Truppen seine Zurruhesetzung wegen Dienstunfähigkeit. Auf Geheiß der Besatzungsbehörden entließ der von den Militärbehörden eingesetzte sozialdemokratische Oberbürgermeister Viktor Renner am 31. Juli 1945 Seelos aus der Stadtverwaltung, und zwar ohne Pension, weil Seelos „überzeugter Anhänger der Nationalsozialisten und im Reichsbund der Deutschen Beamten 1933 bis 1943 Fachschaftswalter“ war.²⁴⁵ Außerdem nahmen die französischen Militärbehörden Seelos im Mai 1945 vier Monate in Haft. Seine Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst wurde verboten. Gegen das erste Urteil der Spruchkammer, Seelos als Mitläufer einzustufen und die Ruhebezüge zu streichen, kämpfte er jahrelang an. Am 25. August 1949 erkannte die Spruchkammer auf den Status des Mitläufers, des Wählbarkeitsentzugs für vier Monate und gewährte Pensionierungsbezüge ohne Kürzung.²⁴⁶ Am 23. Juni 1978 starb Seelos in Tübingen. Der Nationalsozialist Seelos war ein Profiteur der NS-Politik.

Arno Vödisch

Geboren am 1. Dezember 1888 in Zwickau, verheiratet, keine Kinder, evangelisch, Schriftsetzer.²⁴⁷ Vödisch war seit seinem Umzug nach Tübingen 1910 ein führendes Mitglied der Tübinger Arbeiterbewegung. Er engagierte sich in der lokal starken Buchdruckergewerk-

241 SAT: A 510 Personalakte Hermann Seelos, Bl. 137.

242 Ebd., Bl. 68.

243 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 2073/011 Hermann Seelos: Beurteilung des Tübinger Untersuchungsausschuß vom 9.2.1946.

244 SAT: A 510 Personalakte Hermann Seelos, Bl. 191, 200.

245 Ebd.: Bl. 232.

246 StAS: Wü 13 T 2, Nr. 2073/011 Hermann Seelos: Niederschrift über die Sitzung am 25.8.1949.

247 SAT: Einwohnermeldekartei Arno Vödisch.

schaft, den Vereinigten Gewerkschaften und in der Tübinger SPD.²⁴⁸ Er war auch ein gefragter Redner auf Parteiveranstaltungen.²⁴⁹ Für viele Arbeiter war der intellektuelle Vödisch ein Vorbild, denn „wir haben alle an ihm hochgeguckt.“²⁵⁰ Von 1921 bis 1933 war Vödisch Vorstandsvorsitzender der AOK Tübingen.²⁵¹ Er war zugleich Vertrauensmann und Kassierer des Verbands der deutschen Buchdrucker 1919 bis 1933 und Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt Württemberg in den Jahren 1930 bis 1933.²⁵² Er war zwischen 1930 und 1945 als Korrektor bei der Buchdruckerei Laupp beschäftigt.²⁵³ Von 1923 bis 1933 vertrat er die SPD im Tübinger Gemeinderat.²⁵⁴ Er setzte sich vor allem für die Interessen der Arbeiterschaft und sozial Schwachen ein. Nach der Gleichschaltung führte Vödisch den Wahlvorschlag der SPD an und wurde kurzzeitig Fraktionsvorsitzender.²⁵⁵ Arno Vödisch war der einzige Stadtrat, der als Zeichen des stillen Protests seine Unterschrift nicht unter das Gemeinderatsprotokoll vom 4. Mai 1933 setzte, das die nationalsozialistische Proklamation des neuen Fraktionsvorsitzenden Dr. Ernst Weinmann dokumentierte.²⁵⁶ Am 10. Mai 1933 traten Vödisch und seine Parteikollegen Hipp und Kürner vom Mandat zurück, weil die SPD-Ortsgruppe aufgelöst wurde.²⁵⁷ Zuvor grenzte die NSDAP die SPD im Gemeinderat durch die Verweigerung von Ausschusssitzen und der prinzipiellen Ablehnung der Kooperation massiv aus.²⁵⁸ Vödisch lebte in den Jahren der Diktatur relativ zurückgezogen. Regelmäßig führte er beim Kartenspielen mit Otto Koch und anderen Genossen in den Privatwohnungen auch politische Gespräche.²⁵⁹ Im Zuge der Aktion „Gewitter“ (bzw. „Gitter“) kam Vödisch vom 11. August bis 8. September 1944 in Tübingen in politische Haft, weil er als Repräsentant der früheren demokratischen Parteien („missliebiger Gegner“) angeblich eine Gefahr für das NS-Regime darstellte (siehe 5. Kapitel).²⁶⁰ 1945 arbeitete der frühere Arbeiterfunktionär maßgeblich in der antifaschistischen Demokratischen Vereinigung mit²⁶¹ und übernahm sogleich wichtige Ämter beim politischen und sozialen Wiederaufbau, z.B. im Mai 1945 als Leiter der Tübinger Nebenstelle des Arbeitsamts Reutlingen.²⁶² Außerdem wurde der politisch Verfolgte 1946 als einer von zwei Repräsentanten aus der Zeit vor 1933 – wie Paul Schwarz – wieder

248 DGB Tübingen 1981.

249 Archiv des Ludwig-Uhland-Instituts: Projekt „Arbeitertübingen“, Ordner H: 1913–1927 SPD-Tübingen Protokollbuch.

250 Ebd: Ordner Interviews: Gespräch mit Julius Bölzle am 19.11.1979.

251 SAT: A 150/282, Bl. 3 f.

252 SAT: A 150/281, Bl. 66.

253 StAS: Wü 13 T 2 Nr. 2062/005 Arno Vödisch: Fragebogen.

254 SAT: A 200/5664, Bl. 37 f.

255 SAT: A 150/275, Niederschrift des Wahlvorstands über die Neubildung des Gemeinderats am 27.4.1933.

256 SAT: GRP vom 4.5.1933, S. 345.

257 SAT: A 150/276, Schreiben von Vödisch, Hipp und Kürner an den Gemeinderat vom 10.5.1933.

258 SAT: GRP vom 8.5.1933, § 255.

259 Telefongespräch mit Marianne Koch am 5.3.2012.

260 StAS: Wü 13 T 2 Nr. 2062/005 Arno Vödisch: Fragebogen.

261 Häffner 1997, S. 28.

262 SAT: A 525, Bü 1296 Personalakte Arno Vödisch.

in den Gemeinderat gewählt.²⁶³ Dieses Mandat hatte er bis 1964 inne. Die Stadt verlieh ihm für seine langjährigen Verdienste vor 1933 und nach 1945 die Bürgermedaille in Silber. Vödisch starb am 25. Juni 1972 in Tübingen.²⁶⁴ Das Schwäbische Tagblatt widmete ihm einen ausführlichen Nachruf.²⁶⁵

263 Schwäbisches Tagblatt vom 17.9.1946.

264 SAT: Einwohnermeldekartei Arno Vödisch.

265 Schwäbisches Tagblatt vom 27.6.1972: „Sachse in Tübingen. Zum Tode von Arno Vödisch.“

7. Tabellen zur NSDAP-Mitgliedschaft und zum Ausmaß der Verfolgung ausgeschiedener Stadträte

Tabelle 1: Frei gewählte Stadträte bis 31. März 1933 (ohne NSDAP-Stadträte)

Name	Partei	Beitritt zur NSDAP
Hugo Benzinger	KPD	
Friedrich Dannenmann	DDP	
Dr. Friedrich Eppensteiner	DDP	
Josef Gugel	DDP	
Paul Fischer	DVP	
Dr. Walter Gmelin (Rücktritt 1932)	DNVP	
Dr. Simon Hayum	DDP	
Heinrich Heinle	CSVD	
Andreas Hipp	SPD	
Karl Jäger	DNVP	
Otto Koch	SPD	x Mai 1937
Eugen Köhler	Zentrum	
Prof. Dr. Ludwig von Köhler	DVP	
Otto Kübler (Eintritt 1932)	CSVD	
Zacharias Krauß	DNVP	
Elisabeth Landerer	DNVP	
Karl Lemberger	DVP	
Paul Löffler	DDP	
Otto Mühlich (Rücktritt 1932)	CSVD	x Mai 1937
Heinrich Rück	DNVP	
Josef Schleicher	Zentrum	
Jakob Schneider (Eintritt 1932)	DNVP	
Otto Schott	DDP	
Paul Schwarz	Zentrum	
Hermann Seelos	DNVP	x Mai 1933
Arno Vödisch	SPD	

**Tabelle 2: Stadträte im gleichgeschalteten Gemeinderat April 1933
(ohne NSDAP-Stadträte)**

Name	Partei	Beitritt zur NSDAP
Josef Held	Zentrum	
Andreas Hipp	SPD	
Karl Jäger	DNVP	
Zacharias Krauß	DNVP	
Otto Kübler	CSVD	
Johannes Kürner	SPD	x September 1939
Paul Schwarz	Zentrum	
Hermann Seelos	DNVP	x Mai 1933
Arno Vödisch	SPD	

Tabelle 3: Das Ausmaß der politischen Verfolgung der 1933 und 1934 ausgeschiedenen Stadträte

Name	Unter Zwang ausgeschieden	Ausgrenzung im Gremium	Berufliche Nachteile	Diskriminierung im Alltag	Überwachung und Drohungen	Verhaftung bzw. KZ-Haft oder Flucht	Eintritt in die NSDAP	Aktiv für den NS oder nahe Organisationen
Hugo Benzinger	X			X	X	X		
Friedrich Dannenmann	X							
Dr. Friedrich Eppensteiner	X		X					X
Josef Gugel	X							
Paul Fischer	X							
Dr. Simon Hayum	X		X	X	X	X		
Heinrich Heinle	X							X
Josef Held	X	X	X	X	X			
Andreas Hipp	X	X						
Otto Koch	X		X	X	X		X	
Eugen Köhler	X							
Prof. Dr. Ludwig von Köhler	X							
Otto Kübler	X	X						X
Johannes Kürner	X	X	X				X	X
Elisabeth Landerer	X							
Karl Lemberger	X							
Paul Löffler	X							X
Heinrich Rück	X							
Josef Schleicher	X					X		
Jakob Schneider	X							
Otto Schott	X							
Paul Schwarz	X	X				X		
Arno Vödisch	X	X	X			X		

8. Abkürzungsverzeichnis

BAB	Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde
Bl.	Blatt
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
Ebd.	Ebenda
GRP	Gemeinderatsprotokoll
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
SA	Sturmabteilung
SAT	Stadtarchiv Tübingen
SD	Sicherheitsdienst des Reichsicherheitshauptamts (Nachrichtendienst)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StAL	Staatsarchiv Ludwigsburg
StAS	Staatsarchiv Sigmaringen

9. Quellen- und Literaturverzeichnis

Stadtarchiv Tübingen (SAT)

Gemeinderatsprotokolle 1932–1945

Einwohnermeldekartei

A 588: Erhebungen der Wohnungen und der Bewohner nach dem Stand vom 8. Juli 1945

A 150/49

A 150/273

A 150/275

A 150/276

A 150/281

A 150/282

A 150/427

A 150/4528

A 200/5664

A 510 Personalakte Hermann Seelos

A 525, Bü 1296 Personalakte Arno Vödisch

A 582/2714

A 588, Bü 104 Otto Mühlich

E 10/N 146/1–3

E 104/55

ZGS 1 Landerer, Löffler, Scheef, Schwarz, Seelos, Vödisch

Adressbücher 1930–1942

Schwäbisches Tagblatt 1946–1980

Tübinger Chronik 1931, 1933, 1944

Tübinger Blätter 1979

Staatsarchiv Sigmaringen (StAS)

Wü 13 T 2, Nr. 2169/003 Friedrich Dannenmann

Wü 13 T 2, Nr. 2084/018 Friedrich Eppensteiner

Wü 13 T 2, Nr. 1189/015 Josef Held

Wü 13 T 2, Nr. 2583/091 Otto Mühlich

Wü 13 T 2, Nr. 2190/056 Otto Mühlich

Wü 13 T 2, Nr. 2674/022 Eugen Schneck

Wü 13 T 2, Nr. 2100/066 Eugen Schneck

Wü 13 T 2, Nr. 2066/159, Walter Schurr
Wü 13 T 2, Nr. 2676/037 Walter Schurr

Wü 13 T 2, Nr. 2189/039 Paul Schwarz
Wü 13 T 2, Nr. 2514 Paul Schwarz

Wü 13 T 2, Nr. 2073/011 Hermann Seelos
Wü 13 T 2, Nr. 2677/033 Hermann Seelos

Wü 13 T 2, Nr. 2062/005 Arno Vödisch

Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL)

EL 902/6 Spruchkammer 11 Esslingen, Nr. 12631 Johannes Kürner

EL 902/20 Spruchkammer 37 Stuttgart, Nr. 89675 Walter Schneider

EL 902/20, Nr. 93266 Max Stockburger

Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BAB)

Bestand BDC:

MFZK I 0109 (Hans Höhn)

MFOK L 0019 (Otto Koch)

MFOK L 0076 (Hermann Kratz)

MFOK M 0049 (Johannes Kürner)

MFZK L 0049 (Rupprecht Matthaei)

MFZK M 0096 (Wilhelm Pressel)

MFZK O 0032 (Karl Sautter)

MFOK U 0020 (Walter Schneider)

MFZK P 0089 (Eugen Schneck)

OPG-Richter (Walter Schurr)

PK-L 203 (Hermann Seelos)

MFOK V 0055 (Ernst Siess)

SSO (Ernst Weinmann); RS G5073 (Ernst Weinmann); PK N 0097 (Ernst Weinmann);
AO 108 (Ernst Weinmann)

Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg

Gericht WM Ost/219 Walter Schurr

Archiv des Ludwig-Uhland-Instituts

Projekt „Arbeitertübingen“, Ordner Interviews; Ordner H: 1913–1927 SPD-Tübingen

Protokollbuch; Ordner K: 1919–1933 Gewerkschaften: Protokollbuch Vereinigte Gewerkschaften

Zeitzeugengespräche und schriftliche Informationen

Telefongespräch mit Frau M. am 8.12.2011.

Hermann B.: Lebendige Geschichte – Tübingen von 1928 bis 1945. Im Privatbesitz von Frau M.

Eidesstattliche Erklärung von Robert J. vom 2.5.1952 zur Vorlage beim Landesamt für Wiedergutmachung in Tübingen. Eine Kopie ist im Privatbesitz von Frau M.

Gespräch mit Dorothee Held am 4.2.2012.

Handschriftliches Dokument, eine Fortsetzung zum Lebenslauf von Josef Held vom August 1937. Im Privatbesitz von Dorothee Held.

Telefongespräch mit Marianne Koch am 5.3.2012.

Gespräch mit Frau Bausch (Enkelin von Otto Koch) am 29.2.2012.

Schriftliche Anfragen

Bundesarchiv Ludwigsburg (Archivalien der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung der NS-Verbrechen) → Ermittlungsverfahren und Zeugenschaft

Deutsche Dienststelle (WASSt) Berlin → militärische Dienstgrade und Einheiten der Personen

Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg → Sachakten zu den Einheiten der Personen

Internationaler Suchdienst Bad-Arolsen (ITS) → „Schutzhafte“ von ehemaligen Stadträten

Literatur

- Frank Bajohr: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg. In: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hrsg.): Hamburg im „Dritten Reich“. Göttingen 2005, S. 69–121.
- Manuel Becker, Christoph Studt (Hrsg.) Der Umgang des Dritten Reichs mit den Feinden des Regimes. Berlin 2010.
- Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus. München 1997.
- Wolfgang Benz: Wie wurde man Parteimitglied? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Frankfurt a.M. 2009.
- Michael Burleigh: Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Gesamtdarstellung. Frankfurt a.M. 2000.
- Das andere Tübingen. Kultur und Lebensweise der Unteren Stadt im 19. Jahrhundert. Herausgegeben vom Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft. Tübingen 1978.
- DGB Tübingen (Hrsg.): Arbeitertübingen. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in einer Universitätsstadt. Tübingen 1981 (1980).
- Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden. Stuttgart 1995.
- Michaela Häffner: Die Demokratische Vereinigung 1945–1946. Eine Studie zur Nachkriegsgeschichte am Beispiel Tübingen. Kleine Tübinger Schriften Heft 20. Tübingen 1997.
- Simon Hayum. Erinnerungen aus dem Exil. Lebensweg eines Tübinger Bürgers. Herausgegeben von der Geschichtswerkstatt Tübingen. Kleine Tübinger Schriften Heft 29. Tübingen 2005.
- Ludolf Herbst: Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Frankfurt a.M. 1996.
- Klaus Hildebrand: Das Dritte Reich. München 1991.
- Michael Kissener: Die Aktion „Gewitter“. In: Manuel Becker, Christoph Studt (Hrsg.) Der Umgang des Dritten Reichs mit den Feinden des Regimes. Berlin 2010, S. 185–197.
- Eva Maria Klein, Martin Ulmer: Geschichte einer Vertreibung. Die Familie Hayum. In: Benigna Schönhagen (Hrsg.): Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und Vergessen. Katalog der Ausstellung. Tübingen 1992, S. 121–130.
- Michael Kissener: Die Aktion „Gewitter“. In: Manuel Becker, Christoph Studt (Hrsg.) Der Umgang des Dritten Reichs mit den Feinden des Regimes. Berlin 2010, S. 185–197.
- Rainer Lächele: Ein Volk, ein Reich, ein Glaube. Die „Deutschen Christen“ in Württemberg 1925–1960. Stuttgart 1994.
- Hans Joachim Lang: Ernst Weinmann: Tübinger Oberbürgermeister und Belgrader Deportationsminister. In: Benigna Schönhagen (Hrsg.): Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und Vergessen. Katalog der Ausstellung. Tübingen 1992, S. 208–220.

- Winfried Meyer: Aktion „Gewitter“: Menschenopfer für Macht und Mythos der Gestapo. In: Wolfgang Benz, Barbara Distel (Hrsg.) Häftlingsgesellschaft, Dachauer Hefte Nr. 21 November 2005, S. 3–20.
- Udo Rauch/Antje Zacharias (Hrsg.): Tübinger Szenenwechsel 1950–1970. Alfred Göhner und seine Pressefotos. Tübinger Kataloge Nr. 73. Tübingen 2006.
- Udo Rauch (Hrsg.): Vom Spital zum Bürgerheim. Eine Festschrift der Altenhilfe Tübingen zur Wiedereröffnung des Bürgerheims im Mai 1999. Tübingen 1999.
- Benigna Schönhagen: Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus. Tübingen 1991.
- Benigna Schönhagen (Hrsg.): Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und Vergessen. Katalog der Ausstellung. Tübingen 1992.
- SPD-Ortsverein Tübingen (Hrsg.): „Proletarier und Akademiker“ – die Geschichte eines nicht ganz gewöhnlichen Ortsvereins. 130 Jahre SPD-Ortsverein Tübingen. Tübingen 2005.
- Martin Ulmer: Antisemitismus in Stuttgart 1871–1933. Studien zum öffentlichen Diskurs und Alltag. Berlin 2011.
- Reinhold Weber: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895–1933). Düsseldorf 2004.
- Urban Wiesing, Klaus-Rainer Brintzinger, Bernd Grün, Horst Junginger, Susanne Michel (Hrsg.): Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus. Stuttgart 2010.
- Andreas Wirsching (Hrsg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft. Göttingen 2007.